Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Pfennig für den Millimeter Höhe und Spalte; 70 Pfennig für Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 21045, 21047, 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 68 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 10 Pf. | Halle, Montag, 20. September 1926 | 6. Jahrgang • Nr. 221

Deklaration der 2. Arbeiterdelegation

Es lebe das Bündnis der deutschen und russischen Arbeiter!

An die Arbeiter und Bauern Sowjet-Rußlands!

Klassengenossen! Heute wird die zweite deutsche Arbeiterdelegation Sowjet-Rußland verlassen. Es drängt uns, Euch russischen Arbeitsbrüdern unsere Erfahrungen in Eurem Staat mitzuteilen und Euch aufs herzlichste für Eure brüderliche Gastfreundschaft, ein Zeichen Eures internationalen Solidaritätsgefühls, zu danken. In einer längeren Studienfahrt hatte die Delegation Gelegenheit, Sowjet-Rußland zu studieren und Erfahrungen im überreichen Maße zu sammeln. Ueberall erhielten wir bereitwilligst Auskunft, alle Tore der Fabriken, Erholungsheime, Behörden und sonstige Einrichtungen wurden uns von den russischen Arbeitern weit geöffnet. Entgegen anderslautenden Behauptungen unserer Gegner stellen wir ausdrücklich fest, daß wir uns Vorgeschriebenes besichtigten, sondern selbst auswählen, was besichtigt werden sollte. Die Ural- und Krimtour hat sogar während ihrer Reise nachträglich die zuerst festgelegte Tour geändert. In voller Freiheit hat die Delegation ihre Studien beenden können, was durch die von Deutschland mitgekommenen Dolmetscher erleichtert wurde. Ueberraschenderweise waren wir in jedem Betrieb, in jeder Behörde, bis zum entlegensten Dorf Deutschsprechende, mit denen wir uns ausführlich unterhalten konnten.

Die erste deutsche Arbeiterdelegation hatte zum ersten Male dem Eisernen Wall, mit dem die deutschen Antibolschewisten Sowjet-Rußland umgeben hatten, durchbrochen. Die Aufgabe der ersten Delegation bestand darin, die Erfahrungen der russischen Organisation zu prüfen und zu bestätigen, für eine Verbreiterung der brüderlichen Beziehungen der russischen und deutschen Arbeiter zu sorgen und so die Voraussetzungen für die rascheste Herbeiführung der internationalen Gewerkschaftseinheit zu schaffen. Wir erklären, daß wir im allgemeinen die Erfahrungen der ersten Delegation bestätigt gefunden haben, und wir unsere ganze Kraft einsetzen werden, um das Werk der Internationalen Gewerkschaftseinheit, das die erste Delegation begann, fortzuführen und zu vollenden.

Im einzelnen kann die zweite deutsche Arbeiterdelegation folgende Eindrücke aus ihrer Studienreise festhalten:

Lage der Arbeiterklasse — wirtschaftlicher Aufbau

Die wichtigste Aufgabe der Delegation bestand naturgemäß in der Prüfung der Lage der Arbeiterklasse, sowie in der Unterrichtung über den Gang und Stand des wirtschaftlichen Aufbaues. Infolge eingehenden Besichtigungen konnten wir diese Dinge in zahlreichen Betrieben studieren. Dabei stellten wir übereinstimmend folgenden Aufbau der Betriebe fest:

Die Leitung der Betriebe liegt in Händen der roten Direktoren, gemeinsam mit den technischen Direktoren und den Betriebsräten. Auf alle Delegierte macht die Einfachheit dieser Wirtschaftsführer, die früher durchweg Arbeiter waren und sich heute als solche fühlen, einen großen Eindruck. Zwischen ihnen und dem Betriebsrat, sowie der Gesamtbelegschaft besteht ein Vertrauensverhältnis, das beweist, wie stark jeder einzelne Arbeiter am Aufbau seines Betriebes interessiert ist. Die Betriebsräte, die unteren Zellen der Gewerkschaften in den Betrieben, haben einen großen Einfluß auf alle die Arbeiterschaft betreffenden Fragen.

Gegenüber der Vorkriegszeit hat sich die Lage der Arbeiterklasse in den Betrieben überall gebessert. Aus unseren Beobachtungen können wir feststellen, daß in keinem Lande der Welt der Achtstundentag so strikte durchgeführt wird wie in Sowjet-Rußland. In gesundheitsschädlichen Abteilungen beträgt die Arbeitszeit nur sechs Stunden; außerdem erhalten diese Arbeiter tägliche Zulagen zur Nahrung. Jugendliche unter bis 16 Jahren arbeiten vier Stunden, von 16 bis 18 Jahren sechs Stunden täglich. Sie erhalten einen Urlaub von vier Wochen, während sonst der Urlaub überall 14 Tage dauert. Arbeiter in gesundheitsschädlichen Betrieben erhalten ebenfalls bis fünf Wochen Urlaub. Während des Urlaubs wird der Lohn weitergezahlt. Wir haben festgestellt, daß der Reallohn zum Teil die Vorkriegshöhe überschritten hat und daß der Mindestreallohn 80 Prozent der Vorkriegslöhne beträgt. Die Gewerkschaften und Leiter der Wirtschaft sind dauernd bemüht, die Lebenslage der Arbeiter und armen Bauern zu bessern. Alle diese Tatsachen wurden uns von den Arbeitern in den Betrieben, mit denen wir uns völlig unbeaufsichtigt und frei unterhalten konnten, immer wieder bestätigt.

Gerade in diesen Tagen konnten wir eine zwar langsame, aber dauernd steigende Linie der Besserung für die Arbeiter feststellen. Noch stärker kam dies im Arbeiterwohnungsbau zum Ausdruck. Fast jeder große Betrieb baut heute eigene Arbeiterkolonien, die einen krassen Gegensatz zu den Elendshütten bilden, die von den Kapitalisten für ihre Arbeitssklaven errichtet waren.

Diese Besserung der Lage der Arbeiterschaft ist eine Folge des wirtschaftlichen Aufschwungs. Fast überall ist die Friedensproduktion erreicht, in vielen Betrieben schon überschritten. Diese wurde durch rationelle Betriebseinrichtungen und Heranbildung tüchtiger Facharbeiter erreicht. Während aber in den kapitalistischen Staaten die Maschine stets eine erhöhte Ausbeutung der Arbeiter bedeutet, während die Rationalisierung der kapitalistischen Betriebe zum Fluch für die Arbeiter wird, ist im Gegenteil die rationelle Betriebsführung im Arbeiterstaat eine Wohltat für den Arbeiter, weil sie die Arbeitsmethoden verbessert und die Arbeitszeit herabsetzt.

Zusammenfassend können wir sagen, daß die russische Wirtschaft sich in einer dauernden Aufwärtsentwicklung befindet, während in den kapitalistischen Staaten, ganz besonders bei uns in Deutschland, sich ein Niedergang der Wirtschaft und eine dauernde Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse zeigt, und daß die Richtung des Wirtschaftsaufbaues in Rußland zum Sozialismus geht. Hand in Hand mit dem wirtschaftlichen Aufbau bessert sich auch die Lage der Arbeiterklasse.

Soziale Fürsorge

Unstreitig steht Sowjet-Rußland auf diesem Gebiet heute an erster Stelle. Die Zusammenfassung der Sozialversicherung, die hohen Leistungen der Kassen sind vorbildlich für alle Arbeiter. Besonderer Schutz wird der heranwachsenden Generation gewährt. Zwei Monate vor und nach der Geburt erhält die werdende Mutter einen bezahlten Urlaub. Außerdem bekommt sie aller drei Stunden im Betrieb frei, um ihr Kind stillen zu können. Bei fast jeder Fabrik befinden sich mustergültige Kinderheime, in denen die Kinder im Gemeinschaftssinne erzogen werden.

Vor allem wird auch für die vielen obdachlosen Kinder, diese traurigen Folgen der Hungerjahre und des Bürgerkrieges, ungeheuer viel getan. In den Kinderstätten, die in Odessa und Rostow besucht wurden, konnten wir einen Blick in das neue Rußland tun. Diese Stätten, in denen die Kinder zur selbständigen Verwaltung herangezogen werden, sind möglich in einem Lande, das von den Arbeitern beherrscht wird und das sich auf dem Wege zum Sozialismus befindet.

Eine besondere Einrichtung sind auch die zahlreichen Sanatorien und Erholungsheime, die sich nicht nur in der Nähe der Großstädte, in früheren Palästen befinden, sondern die vor allem in den ehemaligen Kurorten der Bourgeoisie eingerichtet wurden. Hier, wo früher die Reichen prasten und schlemmten, erholen sich heute die Schaffenden aus Stadt und Land. Die Verhältnisse in diesen hygienisch hervorragend geleiteten Heimen sind ausgezeichnet. Besonders aufgefallen ist uns deutschen Arbeitern das herzliche Verhältnis zwischen den Erholungsbedürftigen, Pflegepersonal und Aerzten. Irgendwelche Unterschiede gibt es nicht, hier fühlt sich jeder als Glied einer Gemeinschaft.

Das Nationalitätenproblem

Da auf dem Gebiet der Sowjetunion eine große Zahl verschiedenartigster Nationalitäten wohnen, ist das Problem der nationalen Minderheiten von der größten Bedeutung für die Sowjetregierung. Sämtliche Delegationsgruppen haben deshalb dieser Frage besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Ueberall konnten wir feststellen, daß allen Nationalitäten volle Bewegungsfreiheit gewährleistet ist. Die nationalen Minderheiten haben ihre eigene Presse, eigene Schulen und eigene Literatur; in ihren Behörden wird die Sprache der betreffenden Nationalität gesprochen. Es ist nach all dem für die Delegation klar geworden, daß eine wirkliche Freiheit der Nationalitäten nur unter der Herrschaft der Arbeiterklasse möglich ist.

Kulturelle Fragen

Bekanntlich war Rußland vor dem Kriege das Land, in dem der Analphabetismus am weitesten verbreitet war. Heute bekämpft man diese Unkultur mit allen Mitteln. Ueberall, in Dörfern und Städten fanden wir Zirkel zur Bekämpfung des Analphabetismus. Auch die Unterrichtsmethoden in den Schulen sind vortrefflich, wovon wir uns durch Augenschein überzeugen konnten. Ueberall werden die Kinder in kollektivem Geiste erzogen, überall fanden wir das Prinzip der Selbstverwaltung durchgeführt. Diese heranwachsende Generation ist einer der festesten Pfeiler für den Bestand der Sowjetmacht.

Große Achtung hat uns auch die Arbeit der Frau in Sowjet-Rußland abgerungen. Während die Frau im kapitalistischen System noch stark in alten Sitten und Gebräuchen steckte, die in manchen Gegenden nach ganz barbarisch waren, ist heute die volle Gleichberechtigung der Frau bis selbst in die entlegensten Dörfer vorgedrungen. Die Frau ist in Sowjet-Rußland nicht nur auf dem Papier, sondern in Wirklichkeit gleichberechtigt.

Auch die Kunst hat durch die revolutionäre Befreiung des russischen Volkes neue Anregung erfahren. Wir konnten feststellen, daß die ungeheuren alten Kunstschätze in Leningrad, in Moskau in einer vorbildlichen Verwaltung sind und daß man die Sammlungen aus beschlagnahmtem Privatbesitz bedeutend vergrößert hat. Die russischen Theater haben der Bühnenkunst neue revolutionäre Antriebe gegeben.

Schlußfolgerungen

Die zweite deutsche Arbeiterdelegation ist im Innersten davon überzeugt, daß all diese ungeheuren Errungenschaften auf allen Gebieten des Lebens nur ermöglicht wurden durch die soziale Revolution und die Errichtung der Arbeiterherrschaft. Die von allen Seiten angefeindete Diktatur des Proletariats hat sich gegenseitig für die Arbeiter- und Bauernklasse der Sowjetunion ausgewirkt. Hier in Rußland herrscht der Arbeiter, er baut seine sozialistische Wirtschaft auf.

Wir sind überzeugt, daß dieser Aufbau noch rascher vor sich gehen könnte, wenn die russischen Arbeiter genügend Maschinen aus technisch hochstehenden Ländern, besonders aus Deutschland erhalten könnten. Während in Rußland Ueberschuß an Getreide vorhanden ist, schnüren in Deutschland die Junker den Arbeitern den Hungerriemen immer enger. Ein Austausch der deutschen technischen Erzeugnisse und der russischen landwirtschaftlichen Produkte, und ein enges politisches Bündnis der deutschen und russischen Arbeiter sind deshalb eine unbedingte Notwendigkeit. Ein Block der russischen und deutschen Arbeiter ist unbesiegbar.

Die seit einigen Wochen verschärft durchgeführte Offensive des Weltkapitals hat bisher nur einen unbesiegten stahlharten Gegner gefunden: die Sowjetunion. Mit der Festigung der russischen Wirtschaft, mit der Besserung der Lage der Arbeiter wird der Versuch, die russische Arbeiterschaft zu besiegen, immer aussichtsloser. Nicht nur jetzt, sehr im Gegensatz zu den gemeinen Lügen der antirussischen Presse, das russische Proletariat und Bauerntum heute fester denn je hinter der Sowjetmacht. Auch die Sympathien der Arbeiter aller Länder zur Sowjetmacht wachsen von Tag zu Tag. Um so mehr wächst auf der anderen Seite der Wille der Bourgeoisie, durch bewaffnete Interventionen gegen die Sowjetmacht zu kämpfen. Die Kriegsvorbereitungen des Abenteurers Pilsudski zeigen deutlich, daß diese Gefahr bereits äußerst akut ist. Wir haben uns durch mehrfache Besuche bei der roten Armee und Flotte davon überzeugt, daß diese einzige Arbeiter- und Bauernmacht der Welt, die den Interesse des internationalen Proletariats dient, bis zum äußersten entschlossen ist, die Errungenschaften der russischen Revolution zu verteidigen.

Die russische Revolution und ihre Errungenschaften sind aber keine Angelegenheit des russischen Proletariats allein, sie sind eine Sache der internationalen Arbeiterklasse. Es ist deshalb die vornehmste Pflicht der deutschen Arbeiter, dafür zu sorgen, daß alle Versuche zur kriegerischen Bekämpfung der Sowjetunion schon im Keime erstickt werden. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß die wichtigste Voraussetzung für einen derartigen Kampf die Schaffung einer einheitlichen Gewerkschaftsinternationale ist. Bei jeder Gelegenheit konnten wir uns davon überzeugen, daß die russischen Arbeiter nichts sehnlicher wünschen, als einen internationalen Zusammenschluß der Arbeiter aller Länder. All die Meldungen, die in dieser Frage von den Gegnern der gewerkschaftlichen Einheit im Ausland verbreitet werden, erwiesen sich nach eingehender Information bei den russischen Gewerkschaften als erfunden und erlogen. Auch die deutschen Arbeiter müssen lernen, diese internationale Einheit mit allen Mitteln herzustellen, zumal es sich gezeigt hat, daß infolge der Koalition mit dem Bürgertum die Arbeiter sich spalteten, daß sich infolgedessen ihre Lage verschlechterte und die Reaktion in Deutschland siegen konnte. Die zweite deutsche Arbeiterdelegation wird mit ihrer ganzen Kraft für diese internationale Gewerkschaftseinheit kämpfen und erklärt offen, daß sie es als schwerste Schädigung für das internationale Proletariat betrachtet, wenn sich heute noch Arbeiterführer gegen diese Einheit wehren. Was an uns liegt, werden wir tun, um so bald wie möglich diese einheitliche Kampffront der räuberischen Bourgeoisie gegenüberzustellen, und wir sind überzeugt, daß wir dieses Ziel in nicht allzu ferner Zeit erreichen werden.

Es lebe das Bündnis der deutschen und russischen Arbeiter und Bauern.

Es lebe die internationale gewerkschaftliche Einheit.

Es lebe der unversöhnliche Kampf gegen die Bourgeoisie.

Es lebe der endgültige Sieg der Arbeiter aller Welt über ihre Ausbeuter.

Die zweite deutsche Arbeiterdelegation

gez.: Fritz Körber, 1. Vorsitzender.

gez. Willy Besser, Karl Güntzel, Josef Lenz, Robert Siewert.

Die Rußland-Delegation in Hamburg

(Eig. Drahtm.) **Hamburg**, 20. September.

Das Eintreffen der zweiten deutschen Arbeiterdelegation in Hamburg wurde gestern von zehntausenden Arbeitern im Hafen erwartet. Einige tausend Arbeiter aus fast allen Hamburger Gebieten waren der Delegation, die infolge Sturm und Nebel verspätet eintraf, stundenweit entgegengefahren. Die Delegation wurde unter ungeheurem Jubel empfangen und in machtvoller Demonstration zu einem Massenmeeting auf der Moorweide begleitet. Hier hielten die sozialdemokratischen Delegierten Körber und Fritzsch Reden, in denen sie sich für Sowjet-Rußland und die internationale Gewerkschaftseinheit erklärten und sich gegen die kapitalistischen Schwindelmeldungen über die Sowjetunion wandten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260920-13/fragment/page=0001

Mindestens 5000 Typhuskranke in Hannover

Bis jetzt 53 Tote — Die Proletarierviertel Hannovers als Seuchenherde

Während die amtlichen Erklärungen davon sprechen, daß die Typhusseuche in Hannover im Abflauen begriffen sei, ist in Wirklichkeit das Gegenteil der Fall. Die amtlichen Berichte sprechen von 1600 Erkrankungen. Von ärztlicher Seite wird die Zahl der Erkrankungen mit mindestens 5000 angegeben. In der Zeit vom Sonnabend auf Sonntag nacht wurden 6 weitere Todesfälle gemeldet, so daß die Zahl der an Typhus Gestorbenen bis Sonntag früh 53 beträgt. Die Zahl der Toten dürfte heute schon die Zahl von 60 überschritten haben. Die alten Stadtviertel Hannovers sind direkte Seuchenherde. Es ist festgestellt worden, daß die meisten Typhusfälle in der hauptsächlich von Arbeitern bewohnten Altstadt entstanden sind. Endlich werden jetzt von der Stadt an Minderbemittelte unentgeltlich Desinfektionsmittel ausgegeben. Dies geschah auf den Druck der Kommunisten hin, die diese Forderung sofort aufgestellt hatten. Natürlich geschieht dies viel zu spät und in ungenügendem Maße.

Zummunitätsbruch, Haussuchungen, Massenverhaftungen in München

Entlastungsversuch für Feme-Gürtner — Aktion gegen den Kongreß der Werktätigen

Eine vor wenigen Tagen vom Genossen Buchmann einberufene Sitzung in München wurde von einem großen Polizeiaufgebot aufgehoben. Alle Teilnehmer wurden körperlich untersucht. Unter Berufung auf seine Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter verweigerte Genosse Buchmann die körperliche Durchsuchung. Trotzdem die Beamten auf ihr ungesetzliches und strafbares Verhalten aufmerksam gemacht worden, wurde Genosse Buchmann festgenommen und mit einigen anderen Genossen zusammen in die Ettstraße transportiert. Dort wurde die körperliche Durchsuchung gewaltsam vorgenommen. Darauf wurde Genosse Buchmann in sein Bureau in die Sendlinger Straße geführt, in dem während seiner Abwesenheit fünf Beamte eingebrochen waren und eine Durchsuchung begonnen hatten. Zur gleichen Zeit brachen Polizeibeamte in die Wohnräume des Genossen Buchmann und begannen dort, ohne daß der Genosse Buchmann anwesend war, eine Haussuchung, die stundenlang dauerte. Erst in der Nacht um ½2 Uhr wurde Genosse Buchmann wieder freigelassen.

Gleichzeitig fand eine Besetzung der Redaktion des Verlages und der Druckerei der „Neuen Zeitung" statt, die zwei Stunden dauerte. Dem Genossen Olschewsky nahmen die Beamten mehrere Papiere weg, die für die Zeitung der Verteidigung in dem vom Justizminister Gürtner angestrengten Verfahren gegen die „Neue Zeitung" von großer Bedeutung sind. Die Fortnahme dieser Papiere soll dazu dienen, das Femevertuschungsmanöver des Herrn Gürtner durchzuführen. Erst am nächsten Tage wurden diese Papiere, nachdem man von ihrem Inhalt Kenntnis genommen hatte, wieder zurückgegeben.

Weiter wurden Haussuchungen bei einer ganzen Reihe von Parteifunktionären durchgeführt, so u. a. bei dem Genossen Dressel, der mit hohem Fieber seit einigen Tagen das Bett hüten muß.

Überall wurde von den Beamten als Zweck der Aktion angegeben, sie hätten den Auftrag, Material herbeizuschaffen darüber, daß der Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse und für die Arbeiter- und Bauernregierung, — wie er im Manifest für den Kongreß der Werktätigen gefordert wird" — geführt werden soll. In einem Falle gab einer der Beamten an, es sollte das sicher irgendwo vorhandene Material gefunden werden, das beweise, daß der Kongreß der Werktätigen ein „Hochverrat" sei.

Weitere Verhaftungen und Haussuchungen in Italien

Rom, 18. September.

Die Polizei verhaftete in der letzten Nacht wiederum 57 Personen und nahm etwa 1000 Haussuchungen vor. Auch in 300 Restaurants und anderen öffentlichen Anstalten wurden Haussuchungen durchgeführt.

Einsturz der großen Oderbrücke bei Gartz

4 Tote — Die Schuld der Bauleitung

(Eig. Drahtm.) **Gartz**, 20. September.

Die große Oder-Brücke bei Gartz ist gestern vormittag eingestürzt. Dabei wurde eine Anzahl Arbeiter mit in die Tiefe gezogen. Es sind 4 Tote und mehrere Schwerverletzte zu verzeichnen. Die Schuld trifft die Bauleitung, die nach dem Hochwasser im Frühjahr weiter baute, ohne festzustellen, daß zwei Pfeiler vom Hochwasser unterwaschen worden waren. Der Bau wurde von der Allgemeinen Bau-Aktien-Gesellschaft, Berlin, Potsdamer Straße, ausgeführt.

Nicht schachern! — Enteignen!

Die kommunistische Fraktion im Preußischen Landtage hat folgenden Urantrag eingebracht:

Der Volksentscheid vom 20. Juni 1926 hat keinerlei Zweifel gelassen, daß die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung des Freistaates Preußen für die entschädigungslose Enteignung der Hohenzollern ist. Trotzdem wird in der Presse fortgesetzt über Verhandlungen zwischen dem Vertreter der Hohenzollern, einem Herrn von Berg, und dem preußischen Staatsministerium berichtet.

Der Landtag wolle daher beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen:

1. über die bisher stattgefundenen Verhandlungen mit den Hohenzollern bzw. ihren Vertretern dem Landtag Bericht zu erstatten;
2. jede weitere Verhandlung sofort einzustellen;
3. dem Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die entschädigungslose Enteignung des sogen. Privateigentums der Hohenzollern zugunsten des Staates enthält.

Aufklärung der Wahrheit: „Landesverrat"!

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 20. September.

Gegen den Schriftsteller Berthold Jacob wurde wegen Veröffentlichungen über das Reichswehrunglück auf der Weser bei Feldheim ein Verfahren wegen Landesverrats eröffnet. Jetzt nach beinahe 15 Monaten wurden die Voruntersuchungen abgeschlossen und die Akten dem Oberreichsanwalt zur Eröffnung des Landesverratsverfahrens übermittelt.

Das Disziplinarverfahren gen Ten Holt. Das Disziplinarverfahren gegen Kriminalkommissar Ten Holt wird sich, wie der „Montagmorgen" erfährt, nicht nur auf seine Tätigkeit in der Mordsache Schröder erstrecken. Es handelt sich um die Mordsache gegen den flämischen Belgier Heinrich von Rissighem, der im Frühjahr dieses Jahres von Ten Holt unter Mordverdacht verhaftet wurde, nachher aber auf Antrag des Staatsanwaltes außer Verfolgung gesetzt werden mußte. Wir sind auf das Resultat des Disziplinarverfahrens gespannt.

Für die Einheit der Partei!

Resolution zur Stadtdelegiertenkonferenz der Stadt Halle am 19. September 1926

Unter Anlehnung an die Resolution der Bezirksleitung Halle-Merseburg und der Parteiarbeiterkonferenz des Bezirks vom 8. September 1926 stimmt die Stadtdelegierten-Versammlung der Stadtorganisation Halle der Haltung des ZK. der KPD. der Sowjetunion sowie des ZK. der KPD. zu.

Die Stadtdelegierten-Konferenz anerkennt und begrüßt die Beschlüsse und die damit im Zusammenhang durchgeführten Maßnahmen, weil sie in ihnen eine Sicherung der Einheit und Geschlossenheit der bolschewistischen Weltpartei erblickt. Gegen die organisierte Fraktionsarbeit in der Partei gibt es nur eine Antwort — unerbittlicher Kampf. Eine bolschewistische Partei kann in ihren Reihen keine Fraktionen dulden, weil diese in ihrer Endkonsequenz zu einer Zertrümmerung der Partei und somit zu einer vollkommenen Aktionsunfähigkeit der revolutionären Kerntruppe der Arbeiterklasse führen müßten. Das Recht der Parteimitglieder, ihre von der allgemeinen politischen und taktischen Linie der Partei abweichende Meinung im Rahmen der Partei äußern und vertreten zu können, bleibt davon unberührt. Diese Voraussetzung wurde in der geführten Diskussion in Halle allen Mitgliedern, ganz gleich, welcher Auffassung sie huldigten, im weitesten Ausmaße zugebilligt. Die Anschuldigungen der Opposition gegen die Mehrheit der Partei, daß sie die Parteidemokratie und jede Meinungsäußerung der Opposition brutal unterdrücke, stellen somit bewußte Verdrehungen dar.

In welcher Weise die Mitgliedschaft von einzelnen führenden Genossen getäuscht und irregeführt wird, beweist die parteiseindliche Haltung und Argumentation in der Frage der sogenannten „Erklärung zur russischen Frage", die von der vereinigten Opposition verbreitet wurde. Abgesehen von bewußten Unterschriftenfälschungen (Hedwig Krügers, Pfeffers) stellt die Opposition gegenüber der Mitgliedschaft die Dinge so dar, als ob Unterschriftensammlungen und Fraktionszusammenkünfte kein Vorgehen gegen die Parteidisziplin bedeuten würden. Dieser heilpielloien Auffassung über Parteidemokratie und Parteidisziplin tritt die Stadtdelegierten-Konferenz aufs schärfste entgegen. Dies umsomehr, da aus dem Fraktionsbrief der Genossin Schumann an den Genossen Kögler, Berlin, einwandfrei hervorgeht, daß die Unterschriften auf fraktionellem Wege gesammelt wurden. Den Unterschriftensammlern mußte klar sein, daß derartige Schritte unvermeidlich zur Spaltung führen müßten.

Mit derselben Schärfe lehnt die Stadtdelegierten-Konferenz den Versuch selbst durch die „Erklärung" den Geist des Unglaubens an die russische Revolution, den Geist des Miasnowschen Liquidatorentums in die Reihen der Partei hineinzutragen, ab.

Die Stadtdelegierten-Konferenz fordert daher alle Unterzeichner dieser Erklärung auf, ihre Unterschrift schnellstens und ohne Vorbehalt zurückzuziehen. Die Bezirksleitung wird aufgefordert, im Weigerungsfalle schärfere Maßnahmen durchzuführen.

Die Wirtschaftskrise zeigt eine weitere Verschärfung. Rücksichtslos führt das Unternehmertum den Angriff gegen die Arbeiterklasse durch. Die Rationalisierung setzt immermehr „Arme" frei, das Erwerbslosenheer wird im Herbst und Winter keine Abschwächung, sondern eine Stärkung erfahren. Die Betriebsarbeiter, Angestellten und Beamten leiden unter dem dauernden Druck weiterer Kürzung ihrer Löhne und Gehälter. Die Arbeitszeit soll weiter verlängert werden. Durch den Vertrustungs- und Konzentrationsprozeß, Schaffung von Monopolpreisen, Preissteigerung aller Bedarfsartikel, Steigerung der Mieten, erhöhte Zölle und Verbrauchsteuern wird die Lebenshaltung der werktätigen Schichten verteuert. Ein Ansteigen der Elendswelle ist die notwendige Folge.

Diese Stärkung der wirtschaftlichen Macht der Reaktion steigert den Appetit, die politische Machtsphäre zu erweitern.

Die Folgen dieser Erscheinungen sind eine Zuspitzung der Klassengegensätze. Neue Auseinandersetzungen zwischen Proletariat und Bourgeoisie sind unvermeidlich. Die den Befehlen der Stiftungsund Schlotbarone, der Krautjunker und völkischen Geheimratssippe gehorchende „republikanische" Regierung bereitet die Niederschlagung der um das Stück Brot kämpfenden werktätigen Millionenfront vor. Severings Schieherlaß, Verbot der revolutionären Organisationen, Justizterror gegen revolutionäre Arbeiter sind die Vorbereitungen, um diesen Kampf im Blute zu ersticken.

Die sozialdemokratischen Führer leisten wie immer treue Helfersdienste und bereiten sich auf die Große Koalition vor. Die sozialdemokratische Führerclique will die Kampffront spalten und den Sieg der Bourgeoisie sicherstellen. Dies zu verhindern, ist Aufgabe der Kommunistischen Partei. Die Sammlung der Millionenmassen der Unterdrückten und Ausgebeuteten im Kampfe gegen die Ausbeuter kann nur von der Kommunistischen Partei durchgeführt werden. Die Bedingung dieser Arbeit ist die Einheit der Partei, die Zurückweisung jedes Versuches der Spaltung, die im Interesse der Bourgeoisie liegen würde. Die Partei hat den Weg zur Massenmobilisation, zur Organisierung des Kampfes der in Bewegung geratenen Massen gezeigt. Dieses Ziel soll der Kongreß der Werktätigen erreichen. Einsetzen aller Kräfte für diesen Kongreß in Verbindung mit der Massenmobilisation aller Werktätigen in Stadt und Land, Sammlung und Aktivisierung der Erwerbslosen muß Richtschnur unserer Arbeit sein. Aber nur die geschlossene, eiserne bolschewistische Partei wird diesen schweren Aufgaben gewachsen sein.

Es lebe die Einheit der Partei!
Es lebe der Kongreß der Werktätigen!
Es lebe die Kommunistische Internationale!

Diese Resolution wurde mit 166 gegen 36 Stimmen angenommen. Auf die Stadtdelegierten-Konferenz kommen wir morgen zurück.

Protest gegen Fraktionsmacherei

Der BL. Halle-Merseburg ging folgendes Schreiben zu:

Bitterfeld, den 17. September 1926.

Werte Genossen!

Heute nachmittag erhielt ich mit Entrüstung die Erklärung zur russischen Frage von der Parteispaltungsfraktion. Ich bitte Euch, folgende Erklärung in den „Klassenkampf" zu setzen:

Erklärung!

Ich erkläre hiermit, daß ich ein Gegner der Fraktionsarbeit innerhalb der Partei bin und teile den Fraktionsmachern auf diesem Wege mit, daß ich nach wie vor die Annahme von Rundschreiben verweigere, bzw. sie an die BL. schicken werde. Nach meiner Ueberzeugung führen solche Machenschaften zur Spaltung der Partei, welche in der jetzigen Zeit vor großen politischen Aufgaben steht. Grundsatz: 80 Prozent Parteiarbeit, 20 Prozent Diskussion.

Die Einheit der Partei ist für mich der erste revolutionäre Grundsatz.

Mit kommunistischem Gruß
gez. Fritz Rödel, Bitterfeld.

*

Die „Rote Fahne" vom 19. September veröffentlicht eine Reihe von Erklärungen der Genossen, deren Namen ohne ihr Wissen und Zustimmung unter die „Erklärung" gesetzt wurden.

145 Tage Bergarbeiterkampf in England

Erzwingt den Solidaritätsstreik!

(WTB.) **London**, 18. September.

Auf die neuen Regierungsvorschläge, die gestern Baldwin in einem Schreiben dem Bergarbeitersekretär Cook mitgeteilt hat, hat dieser in einer heute veröffentlichten Erklärung geantwortet, daß man einer Regelung des Konfliktes nicht näher gekommen sei als am ersten Tage. Dennoch wird in bestimmten Kreisen, wie Reuter meldet, der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die gemäßigten Elemente in dem Exekutivausschuß der Bergarbeiter sich bemühen werden, die zu treffende Entscheidung zu beeinflussen, und daß auf diese Weise eine Lösung auf der von der Regierung vorgeschlagenen Grundlage erfolgen werde.

*

Regierung und Grubenbesitzer setzen ihre Hoffnung auf die Kampfmüdigkeit der Arbeiter und auf den Einfluß der Macdonald-Leute. Die kämpfenden Bergarbeiter setzen ihre Hoffnungen auf die internationale Solidarität der Bergarbeiterschaft!

Gewerkschaftsdemonstration in Berlin

Rote Fahnen — Rosa-reden

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 20. September.

Die gestrige Demonstration der freien Gewerkschaften brachte mehrere Hunderttausende von Arbeitern auf die Straße. Der ADGB.-Ortsausschuß hatte auffordern müssen, nur unter roten Fahnen zu demonstrieren. Es zeigte sich aber gestern, daß von seiten der reformistischen Führerschaft alles getan wurde, um keine Kampfparolen in den Aufmarsch zu tragen. Die Arbeiter haben jedoch vielfach selbständig Transparente angefertigt, die die aktuellen Kampflosungen enthielten. Auf der Treptower Spielwiese war infolge schlechter Organisation der Aufmarsch der Demonstration noch stundenlang im Gange, als die Züge der einzelnen Gewerkschaften bereits wieder in ihre Lokale abmarschierten. Die schlecht plazierten reformistischen Redner wurden von den Massen nicht beachtet. Sie hielten Festreden, die weder zum englischen Streik noch zur internationalen Gewerkschaftseinheit oder zur kapitalistischen Rationalisierung Stellung nahmen. Unter den Massen auf der Spielwiese bildeten sich aber zahlreiche Gruppen, die lebhaft über die Probleme vom Standpunkt des Klassenkampfes debattierten. Trotz der Führersabotage wurde die Gewerkschaftsdemonstration in ihrer gesamten Wirkung zu einem roten Klassenkampfaufmarsch.

Hindenburg denkt — Chamberlain lenkt

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 20. September.

Die SPD.-Presse hat vor einigen Tagen berichtet, daß Hindenburg sich in einem Telegramm an die deutschen Delegation in Genf gewandt habe, in dem er sie auffordere, gegen den polnischen Ratssitz zu stimmen. Die „Frankfurter Zeitung" bestätigt die Absendung dieses Telegramms, obwohl es vom Auswärtigen Amt dementiert worden war. Das „Berliner Tageblatt" dagegen meldet aus Genf, daß zwar nicht Hindenburg ein Telegramm abgesandt hat, aber daß der Reichskanzler Marx in einem Telegramm die Stellungnahme Hindenburgs zum polnischen Ratssitz mitgeteilt habe.

Stahlhelmeskorte des Oberpazifisten Rabindranath Tagore

Deutschlands Eintritt in den Völkerbund wird begleitet durch den Besuch des indischen Philosophen und Oberpazifisten Rabindranath Tagore in Berlin. Genau so wie der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund durch das Dröhnen der Geschütze in Syrien, Marokko und China gekennzeichnet wird, so der Besuch dieses indischen Oberpazifisten Rabindranath Tagore bei Hindenburg durch jene Reichswehrsoldaten, die vor dem Oberpazifisten ihr Gewehr schultern. Die gesamte bürgerliche Presse ist entzückt über das schöne, friedliche Aeußere dieses indischen Pazifisten, und sie können sich nicht genug tun über seine klangvolle Stimme, mit der er aus seinen Werken dem Publikum des Kurfürstendamms vorliest. Natürlich stimmt auch der „Vorwärts" mit in diese geschmacklose Begeisterung ein. Den arbeitenden Massen muß immer wieder gesagt werden, daß solche pazifistischen Theateraufführungen nichts anderes sind als ein geschicktes Ablenkungsmittel der imperialistischen Räuber, die ihre Kriegsvorbereitungen hinter einer pazifistischen Gaswolke ausführen müssen, um die breiten Massen im Unklaren zu halten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260920-13/fragment/page=0002

Amsterdamer „Klassensolidarität"

Von A. Losowski

Wir in der Sowjetunion haben offenbar eine ganz falsche Vorstellung von der Klassensolidarität, jedenfalls nach Meinung der Delegation des Generalrates auf der letzten Sitzung des englisch-russischen Komitees in Berlin. Der Vorschlag der Delegierten des Generalrates der Gewerkschaften der USSR., gemeinsam die Hilfe für die streikenden Bergarbeiter zu organisieren, wurde unter dem Gelächter, daß dies eine Einmischung in innere Angelegenheiten darstellt, heftig angegriffen. Der Versuch, den Streikenden zu helfen, wird also als Einmischung erklärt.

Da muß man schon fragen, was eigentlich Ablehnung der Hilfe bedeutet? Ist das nicht auch eine Einmischung in den Kampf, aber vom anderen Ende? Wenn unsere Unterstützung die Bergarbeiter stärker und kampffähiger macht, so stärkt die Ablehnung der Hilfe die Feinde der Arbeiterklasse. Demnach ist sowohl die Hilfe und die Ablehnung der Hilfe eine Einmischung in innere Angelegenheiten Englands, in dem einen Falle im Interesse unserer Klasse, im anderen im Interesse der feindlichen Klasse.

Da wir nach der kompetenten Erklärung sowohl der rechten als der sogenannten linken Vertreter des Generalrates eine falsche Auffassung von der Klassensolidarität haben und wir uns um sie kümmern, die uns nichts angehen, bleibt uns kein anderer Weg, als dem Beispiel derjenigen zu folgen, deren Handlungsweise seitens des Generalrates nicht auf Widerspruch stößt. Mit Rücksicht darauf, daß der Generalrat und seine Leitung bisher sich gegenüber der Taktik der Amsterdamer Internationale und der internationale der Bergarbeiter wohlwollend verhalten haben, muß man annehmen, daß die Führer des Kongresses der Trade Unions mit der Linie ihrer Internationale einverstanden sind. Um wir uns ein richtiges Bild von der Amsterdamer Klassensolidarität machen, so müssen wir diese „Linie" aufzeigen.

Die Amsterdamer Klassensolidarität, der gegenüber sich der Generalrat wohlwollend verhält, besteht in folgendem: Bei Proklamierung des Streikes muß man eine Sympathieresolution fassen und dann zu den Akten legen; die Streikenden sind nur im äußersten Falle zu unterstützen, denn solange sie nicht ausgehungert sind, sind sie nicht imstande, das Wunder der Amsterdamer Klassensolidarität richtig zu schätzen. Sind die streikenden Arbeiter an der äußersten Grenze ihrer Kraft angelangt, haben sie ihr weniges Hab und Gut verkauft, hungern ihre Frauen und Kinder, dann muß wieder eine Resolution fassen, von neuem Unterstützung versprechen und die Frage um noch einen Monat vertagen. Beharren die Streikenden auf ihrem Standpunkt und setzen sie aus unbekannten Gründen den Streik fort, so muß wieder eine Resolution gefaßt und gleichzeitig eine Summe überwiesen werden, die pro Kopf den Wert eines Pfennigs ausmacht. Die Mittel der Internationale und der ihr angeschlossenen Landesverbände müssen selbstverständlich zurückgehalten werden, damit sie Zinsen tragen. Den Streikenden müssen aber gleichzeitig Darlehen gewährt werden. Damit aber diese Darlehen einen geschäftlichen, soliden Charakter tragen und nicht an die Moskauer Einmischung in fremde Angelegenheiten usw. erinnern, muß man Zinsen verlangen. Man muß selbstverständlich mit Rücksicht darauf, daß die Anleihe zur Linderung der Not aufgenommen wird, versuchen, einen möglichst hohen Zinsfuß, zumindest den üblichen Bankzins, herauszuschlagen.

Es handelten die Amsterdamer Internationale und die Internationale der Bergarbeiter während der ganzen Dauer des Bergarbeiterstreikes in England. Als der Generalrat — derselbe Generalrat, der das „rote Geld" ablehnte — sich an Amsterdam um Hilfe wandte, erklärte sich die Amsterdamer Internationale, die während des Streiks keinen Finger zur aktiven Unterstützung der Bergarbeiter gerührt hatte, bereit, eine **Anleihe von 4,5 Prozent** zu gewähren.

Während sich aber Amsterdam mit einem „gerechten" Zinsfuß einverstanden erklärte, glaubten einzelne ihr angeschlossene Landesverbände die Gelegenheit wahrnehmen zu müssen, um von den englischen Kollegen (mit denen sie sich ja in einer Internationale befinden) möglichst viel zu erpressen. Der ADGB. forderte von den Gläubigern Wucherzinsen.

Zwischen London und Berlin wurden, diplomatisch ausgedrückt, „wichtige Verhandlungen, an denen sich der Vorsitzende der Amsterdamer Internationale, Purcell, beteiligte, darüber gepflogen, wie hoch die Klassensolidarität in Prozenten einzuschätzen ist.

Es hat die RGZ. in einem ihrer Aufrufe veröffentlichte, daß die Amsterdamer Reformisten 10 Prozent verlangen, „dementierte" der Vorstand des ADGB., Leipart, aufgebracht diese Mitteilung, indem er durch die Presse feststellte: Zwischen Amsterdam und London sind 4½ Prozent vereinbart. Die sozialdemokratischen Zeitungen machen Lärm. Sie erklären die Meldung der RGZ. als aus den Luft gegriffen usw. Zum „Dementi" Leiparts haben wir aber nur zu bemerken: Wir berufen uns auf den Vorsitzenden der Amsterdamer Internationale und Mitglied des Generalrates, Purcell, der die Verhandlungen führte. Purcell erklärte während seines Aufenthaltes in Berlin als Vorsitzender der Internationale, daß die Klassensolidarität mit 4½ Prozent notiert wird, in einem Interview am 28. August: „Der ADGB. erklärte sich zur Gewährung einer Anleihe zu 4½ Prozent erst dann bereit, als die englischen Gewerkschaften die früher gestellten **noch härteren Bedingungen** einfach ablehnten.

Eine Person, die mit den deutschen Reformisten verhandelte, sagte mir, daß die Deutschen „noch härtere Bedingungen" stellten, der Vertreter des ADGB. dagegen behauptet, daß die Höhe des Zinsfußes von der Amsterdamer Internationale mit 4½ Prozent festgesetzt wurde.

Wem soll man glauben? Wir glauben in diesem Falle dem Vertreter der Amsterdamer Internationale, der sich im Namen der englischen Gewerkschaften weigerte, den **„noch härteren Bedingungen"** zuzustimmen. Das Dementi des zweiten Vorsitzenden der Amsterdamer Internationale wird demnach vom ersten Vorsitzenden der Amsterdamer Internationale dementiert.

Nehmen wir an, daß Leipart recht hat, daß die Amsterdamer Internationale (in der Sachverständige finanzieller Transaktionen) einen Zinsfuß von 4½ Prozent festsetzte und daß die Deutschen ein Teil der Amsterdamer Internationale, die Disziplin haben — wenn es sich um Geschäfte handelt, wahren sie stets die Disziplin — d. h. in der Anleihefrage die Anweisungen der Internationale befolgten. Nehmen wir ferner an, daß Leipart in der Sache genau so unschuldig ist, wie die Jungfrau Maria, und alsdann bestehen: Der ADGB. wird unter dem hohen Druck der Amsterdamer Internationale von den englischen Arbeitern, die Mitglieder derselben Internationale sind, die bei allen Bankgeschäften üblichen Prozente erhalten.

Wenn man die Dinge vom finanziellen Standpunkt betrachtet, wozu existiert dann die Internationale? Vielleicht dazu, um die Finanz- und Banktransaktionen einheitlich zu gestalten, einheitliche Zinsen zu erheben? Nein, sind das die Funktionen einer Internationale, derselben Internationale, die nach Meinung des Generalrates eine rücksichtslose Behandlung verdient, weil sie sich nicht in die inneren Angelegenheiten Englands einmischt und, soweit sie sich einmischt, dies zugunsten der englischen Arbeitern die in der „guten Gesellschaft" ersten Prozente aus der Tasche zu ziehen.

Solche Beziehungen zwischen der Internationale und ihren Landesverbänden, sowie zwischen den einer Internationale angehörenden Landeszentren erinnern an die Beziehungen zwischen Börsenmaklern und Mitgliedern der Fondsbörse. Die Klassensolidarität notiert aber dafür überall bis auf den Bruchteil eines Prozentes gleich.

Wir sind natürlich für eine solche Solidarität „nicht reif". Daher die Unzufriedenheit der Vertreter des Generalrates mit dem Verhalten des Zentralrates der Gewerkschaften der USSR., daher ihr Protestieren gegen unsere Taktik. Der Generalrat gibt der Amsterdamer Solidarität den Vorzug vor der Moskauer Solidarität. Das ist seine Sache. Wir zweifeln nicht, daß die breiten Arbeitermassen in England sich ein richtiges Urteil über die Amsterdamer und Berliner Wucherer bilden und an Hand dieses praktischen Beispiels den Unterschied zwischen Moskau und Amsterdam begreifen werden.

Bauerntag in Lauknen

500 Bauern demonstrieren — Auch Gewerkschaftsvertreter nehmen teil

Am 29. August fand in Lauknen in Ostpreußen eine glänzend verlaufene **Tagung der Kleinbauern** statt. Der Bund schaffender Landwirte, Bezirk Ostpreußen (Hauptsitz in Berlin W., Lützow-Ufer 1), hatte ihn einberufen. Ein Teilnehmer berichtet darüber:

Der Marktflecken Lauknen ist der Mittelpunkt der forstfiskalischen Pächterkolonie im berüchtigten Großen Moosbruch. Alle politischen Parteien, die Behörden, die in Ostpreußen vorhandenen Bauern- und Arbeiterorganisationen hatten Einladungen erhalten. Die Ortsgruppe Königsberg des **Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands** war von den Gewerkschaften der Einladung gefolgt, während der Gauvorsitzende des Deutschen Landarbeiterverbandes sich damit entschuldigte, daß er gegenwärtig in Urlaub sei. Das Gewerkschaftskartell Labiau faßte sofort nach Empfang der Einladung den Beschluß, den Kleinbauern und Pächtern im benachbarten Großen Moosbruch als Zeichen der brüderlichen Gesinnung und Solidarität eine Fahne zu überreichen. Auch der Rote Frontkämpfer-Bund schickte Delegationen mit Fahnen und Musik aus Königsberg, Tilsit und einer Reihe anderer Orte. Ebenso waren Vertreter der politischen Parteien und der Behörden erschienen. In einzelnen Ortsgruppen des DLB. hatten die Mitglieder es sich nicht nehmen lassen, ebenfalls Vertreter zu entsenden. So wuchs der Bauerntag des Bundes schaffender Landwirte zu

einer imposanten Demonstration für das Bündnis des revolutionären Proletariats mit den werktätigen Bauern.

Am frühen Sonntag Morgen konnte man auf allen Straßen, die nach Lauknen führen, Gruppen von Bauern und Arbeiterdelegierten zu Fuß, zu Rad und Wagen dem Bestimmungsort zueilen sehen.

Schon auf dem Wege nach Lauknen konnte der Fremde die verzweifelte Lage der Moosbruchbauern und -pächter studieren. Infolge ausgiebiger Regenfälle und des starken Windes, der die Gewässer landeinwärts trieb, waren rechts und links des Flusses Timber die Wiesenflächen kilometerweit unter Wasser. Die in jahrelanger saurer Mühe dem Moosbruch abgewonnenen geringen Rüben- und Kartoffelfelder waren zum Teil vollkommen überschwemmt.

Obwohl der zweite Grasschnitt so gut wie verloren ist, obwohl auf vielen Feldern mindestens die Hälfte der Kartoffelernte verfault ist, **verlangt der Fortsfiskus dort den vollen Pachtzins.** Wo eine kleine Erdwelle mit Mineralboden aus den wässerigen Moorflächen aufragt, wie bei Mauschern, hat die Forstverwaltung den Pachtpreis neulich verdreifacht. Die Zulage des Landwirtschaftsministers, daß er die Pachtpreise um 20 Prozent ermäßigen werde, wurde nicht gehalten. **Im Gegenteil, man hatte die Pachtzinsen der Kolonie um 50 Prozent erhöht.**

Wir sahen am Wege die Hütteneiniger Neuansiedler. Sie waren aus Holz und Brettern flüchtig zusammengenagelt und zum Teil nur mit Dachpappe gegen Wind und Wetter geschützt. Die älteren Ansiedler hatten sich allmählich so weit emporgearbeitet, daß sie ein richtiges kleines, aus Holz gebautes Gehöft, einige Schweine, eine Kuh, ein Pferd besitzen. Aber Wohl und Wehe der Moosbruchbauern liegt in der Hand der allmächtigen Oberförster. Diese treiben es schlimmer als die Feudalherren des Mittelalters. Wo immer wir mit Moosbruchbauern ins Gespräch kamen, kehrte die alte Klage wieder: „Die Förster machen mit uns, was sie wollen, und die Regierung läßt ihnen freie Hand".

In Lauknen selbst hat der Wirt am Marktplatz unter dem Druck der Faschisten und Oberförster den Bauern den Saal verweigert. Die Konferenz wird in einem anderen Gasthaus, etwa 20 Minuten entfernt, eröffnet. Der Saal ist überfüllt. **Ueber 200 Delegierte,** darunter Vertreter aus den Kreisen Niederungen, Pillkallen, Tilsit, Darkehmen, Insterburg und Goldap sind anwesend. Unter den Delegierten erblicken wir auch zehn Bauernfrauen, ein Beweis, daß auch die Bäuerinnen erwachen und am öffentlichen Leben teilzunehmen beginnen. Den Vorsitz führt der Provinziallandtagsabgeordnete und Kleinbauer Strubat aus Neuhusemitten.

Nachdem die Regierungsvertreter einige nichtssagende Begrüßungsworte gesprochen haben, ergreift der Sekretär des Bundes, Zimmermann, aus Königsberg, das Wort. In äußerst sachlichen Ausführungen entwirft er ein Bild der Nöte und Beschwerden sowohl der Kleinbauern, Pächter und Siedler Ostpreußens im allgemeinen, wie auch der besonderen Lage der Moosbruchbauern. Das absolute Versagen der Regierung und die brutale Willkür der unteren Verwaltungsstellen, die Doppelzüngigkeit der bürgerlichen Parteien tritt klar hervor. Schon wird es dem Regierungsvertreter ungemütlich. Als aber dann Genosse Kollwitz im Auftrage der Kommunistischen Partei das Wort zur Begrüßung ergreift und rücksichtslos den Wortbruch der Regierung aufdeckt, sowie die schwere Schuld auch der unteren Verwaltungsstellen, da ergreift der deutschnationale Landtagsabgeordnete Möhnke den Hut und stürzt davon, nicht ohne vorher dem Oberregierungsrat Agricola den Befehl erteilt zu haben, ihm schleunigst zu folgen. Und der Herr Oberregierungsrat rückt ein Weilchen auf dem Stuhle hin und her, um dann, nachdem Genosse Kollwitz geendet, eine Erklärung abzugeben, daß er in einer Versammlung nicht bleiben könne, wo man in dieser Weise die Autorität der Behörden und der Regierung herabsetze. Die Moosbruchbauern lassen ihn ruhig ziehen, sie wissen schon, daß man von dieser Regierung und diesen Behörden nichts erwarten kann. Den deutschnationalen Abgeordneten Möhnke hatten sie übrigens bei seiner Begrüßungsrede, als er sich zu der Behauptung verstieg, die Not sei von Gott verordnet, offen ausgelacht. Erbärmlich war die Haltung des Labiauer Landrates, der seinen Weggang damit entschuldigte, daß seine Zeit gemessen sei. Der Demokrat Streicher versuchte im Trüben zu fischen, indem er den Bauern empfahl, doch nicht auf „revolutionäre Phrasen" hereinzufallen und Schritt für Schritt mit den Demokraten kleine Erfolge herauszuholen. Nachdem der Vertreter der Eisenbahner noch herzliche Begrüßungsworte gesprochen, schilderte Genosse Hoernle als Vertreter der kommunistischen Reichstagsfraktion die Doppelzüngigkeit der Reichsregierung sowie der bürgerlichen Parteien im Reichstag. An anschaulichen Beispielen bewies er, daß **für Großagrarier und Großindustrielle stets genügend Geld da ist,** während die Arbeiter und Kleinbauern bis zum Weißbluten zahlen müssen. Der als Gast anwesende Vorsitzende des Ostdeutschen Pächter- und Siedlerbundes gab seiner Ueberraschung Ausdruck über den starken Besuch und den guten Verlauf der Konferenz. Der Bund schaffender Landwirte habe damit bewiesen, daß er wirkliche Organisationen und Mitgliedermassen hinter sich habe. Er persönlich wolle sich dafür einsetzen, daß eine Arbeitsgemeinschaft der Kleinbauernverbände Ostpreußens zustande komme. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, die die wichtigsten Beschwerden enthält, zur straffen Organisation im Bunde schaffender Landwirte auffordert **und die Einberufung des Kongresses der Werktätigen begrüßt.**

Inzwischen hatten die roten Frontkämpfer sich mit ihren Fahnen und der Musik vor dem Lokal aufgestellt. Viele Bauern, Bäuerinnen und Bauernjugend aus den umliegenden Dörfern sowie die Delegierten formierten sich zum Zuge, und nun ging es mit flingendem Spiel und wehenden Fahnen durch Lauknen zum Marktplatz. Alle Zuschauer waren sich einig, daß Lauknen noch nie eine solche Demonstration gesehen habe. Neben den Arbeiterdelegierten und roten Frontkämpfern waren mindestens 500 Bauern im Zuge. Auf dem Marktplatze war eine blumengeschmückte Tribüne errichtet, von der aus eine feurige Ansprache gehalten wurde. Dann überreichte der Vertreter des Gewerkschaftskartells Labiau dem Kreisleiter des Bundes schaffender Landwirte, Barkowski, die Fahne. Im Namen des Bundes und insbesondere der Moosbruchbauern gelobte Barkowski, stets treu zur Fahne zu halten und das Bündnis der Arbeiter und werktätigen Bauern als Leitstern des Kampfes zu wählen. Mit dem Massengesang: „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit", wurde die Feier geschlossen. Rote Frontkämpfer und Bauern marschierten mit ihren Fahnen geschlossen noch einmal durch den Ort.

Der Bauerntag in Lauknen hat zweifellos den Herrschenden gezeigt, daß nicht nur die Arbeiterklasse, sondern auch die werktätige Kleinbauernschaft ihr Joch nicht länger zu tragen gewillt ist. Das Bündnis der Arbeiter und arbeitenden Bauern marschiert, und gerade in dem bisher stockreaktionären faschistischen Ostpreußen.

Was will Stresemann bei Briand?

Die romantische Zusammenkunft Stresemann mit Briand in dem Dorf bei Genf hat ein großes Rätselraten eingeleitet, was die beiden Minister verabredet haben mögen. Die offiziösen Berichte über die Ministerkonferenz sind nichtssagend. Trotzdem läßt sich einigermaßen feststellen, um welche Fragen es sich bei der Konferenz Stresemanns mit Briand gehandelt hat.

Zwischen Deutschland und Frankreich schweben zurzeit außerordentlich wichtige wirtschaftspolitische Auseinandersetzungen. Ihr Ziel ist erstens die Schaffung eines langfristigen deutsch-französischen Handelsvertrags und zweitens der Abschluß des deutsch-französischen Eisenpaktes. Diese wirtschaftliche Annäherung ist die eigentliche Grundlage für die Verhandlungen zwischen Briand und Stresemann. Aber es ist nicht anzunehmen, daß die beiden Minister sich über die Einzelheiten der Wirtschaftsabmachungen unterhalten haben.

Von den politischen Streitfragen im engeren Sinne ist die Frage der deutschen Entwaffnung von sehr geringer Bedeutung. Im wesentlichen ist die französische Bourgeoisie mit der Gestaltung der deutschen Reichswehr einverstanden. Der Kernpunkt der Auseinandersetzung zwischen Briand und Stresemann war vielmehr die Frage des besetzten Gebietes. Die deutsche Regierung verlangt im Anschluß an Deutschlands Eintritt in den Völkerbund den vorzeitigen Abmarsch der Entente-Truppen aus dem Rheinland und die Rückfrage des Saargebietes an Deutschland. Für Frankreich ist die praktische Bedeutung einer Fortdauer der Rheinland-Besetzung nur noch gering. Strategisch wichtig war die Besetzung des linken Rheinufers so lange, wie Frankreich die ganze Rheinlinie beherrschte. Seit der Räumung der Kölner Zone durch die Entente-Truppen ist das nicht mehr der Fall. Die Reparationsverpflichtung Deutschlands wird seit Annahme des Dawes-Planes vom amerikanischen Finanzkapital kontrolliert. Die Anwesenheit des Reparationsagenten in Berlin ist ein viel stärkerer Druck auf Deutschland als der Aufenthalt der französischen Garnison in Trier. Dazu kommt endlich der Umstand, daß die Besatzungskosten auf Deutschlands Jahresleistung unter dem Dawes-Plan angerechnet werden.

Frankreich hat also von dem Verbleiben einer fremden Garnison im Rheinland keinen finanziellen Vorteil.

Deutschlands Zwang zur Westorientierung liegt seit Annahme des Dawes-Planes in den wirtschaftlichen Bindungen und nicht in der Anwesenheit der fremden Besatzungstruppen. Frankreich könnte also ohne realen Schaden auf die Rheinlandbesetzung verzichten. Die deutsche Bourgeoisie drängt vor allem aus Prestigegründen auf die baldige Räumung des besetzten Gebietes. Infolgedessen will sich die französische Bourgeoisie dieses Zugeständnis möglichst teuer bezahlen lassen. Frankreich wäre gewillt, seine Truppen aus dem Rheinland zurückzuziehen, wenn Deutschland zugunsten der französischen Staatskasse eine große Extrazahlung leistet. So befinden sich in der Hand des Reparationsagenten die deutschen Eisenbahn-Obligationen, das sind die Wertpapiere, deren Verzinsung die Reichsbahn jährlich aufzubringen hat. Schon seit einiger Zeit wird der Plan erwogen, ob nicht einige Milliarden durch Verkauf solcher Obligationen zu erzielen wären und Frankreich überwiesen werden können. Entweder könnte die deutsche Reichsregierung aus eigenen Mitteln Eisenbahnobligationen kaufen oder Deutschland könnte für diesen Zweck eine Auslandsanleihe aufnehmen oder man könnte gegen angemessene Provision die amerikanischen Bankiers zum Kauf von deutschen Eisenbahnpapieren veranlassen. Ganz gleich, welcher dieser Wege gegangen wird, würde sich dabei eine außerordentliche Mehrbelastung des deutschen Steuerzahlers ergeben. Herr Stresemann wird also bestenfalls den „Befreier" des Rheinlands auf Kosten des schon genug ausgebeuteten deutschen Proletariats spielen können.

Kurze politische Meldungen aus aller Welt

Tod eines stockreaktionären Professors. In Bad Gastein ist der Berliner Professor der Literaturgeschichte Gustav Roethe gestorben. Er gehörte zu den berüchtigsten Reaktionären, die auf den deutschen Universitäten ihr Unwesen treiben. Roethe war so stockreaktionär, daß er sich lange Jahre geweigert hat, Studentinnen an seinem Kolleg teilnehmen zu lassen.

Regierungszensur des Berliner Rundfunks. Auf Grund eines besonderen Paragraphen in der Genehmigungsurkunde für die Funk-Stunde in Berlin ist jetzt vom Reichsminister des Innern ein Ueberwachungsausschuß eingesetzt worden. Der Ausschuß setzt sich aus drei Mitgliedern zusammen, einem Regierungsrat und zwei Landtagsmitgliedern.

Landtagsbeginn am 6. Oktober. Die Landtagssitzungen beginnen am 6. Oktober. Die ersten Tage werden hauptsächlich im Rahmen der großen von den Kommunisten und Sozialdemokraten eingereichten Anfrage zum Magdeburger Justizskandal ausgefüllt werden. Desgleichen hat die Landtagsfraktion der KPD. eine große Anfrage zur Lyphusepidemie in Hannover eingebracht.

Allerchristlichste Hohenzollern lassen sich scheiden. Prinz Eitel Friedrich, der zweite Sohn des ehemaligen Kaisers, hat, wie der „Montagmorgen" berichtet, beim Landgericht in Potsdam Scheidungsklage eingereicht.

Vollständiger Friede zwischen Piłsudski und den Witos-faschisten. Wie die „Montagspost" aus Warschau meldet, ist die Entlassung des ehemaligen Kriegsministers Malczewski aus dem Wilnaer Militärgefängnis angeordnet worden. Malczewski hat als Kriegsminister des Kabinetts Witos im Mai den Widerstand der Regierungstruppen gegen den Piłsudtschen Putsch geleitet.

Pangalos enthüllt seine Raubpläne. Nach einer Meldung der „Montagspost" aus Athen soll der verhaftete General Pangalos einem Berichterstatter zufolge erklärt haben, daß er beabsichtigt hatte, Thrazien durch Ueberfall zu besetzen. Er hätte die Hoffnung gehegt, daß Kondylis ihm bei der Verwirklichung des Planes helfen würde. Ein Balkanstaat, dessen Namen Pangalos nicht nannte, hätte Griechenland seine Unterstützung bei dem Unternehmen zugesagt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260920-13/fragment/page=0003

Reichsbanner gegen freie Gewerkschaften

Heilsberg liegt inmitten des Ermlandes (Ostpreußen), einer Gegend, die von den Zentrumspfaffen beherrscht wird. Die Pfaffen üben auch noch einen bedeutenden Einfluß auf die Arbeiterschaft dieses Gebietes aus. Das Gewerkschaftskartell in Heilsberg nun hatte sich an Reichsbanner und RFB. gewandt und um ihre Unterstützung bei der Werbearbeit für die freien Gewerkschaften gebeten. Während der Rote Frontkämpfer-Bund in großer Zahl seiner proletarischen Pflicht nachkam und der Aufforderung des Gewerkschaftskartells Folge leistete, blieb das Reichsbanner fort. Eine Erklärung dafür, warum das geschah, gibt der nachfolgende Brief:

Deutscher Landarbeiterverband, Kreisleitung Allenstein. — Allenstein, den 25. 8. 26. Joachimstraße 8.

An
das Kartell der freien Gewerkschaften
Heilsberg.

W. K. Zu mir kommt eben der Vorsitzende des Reichsbanners auf Deine Einladung hin zu dem geplanten Sommerfest Eures Kartells am 5. September in Heilsberg.

Bei aller Achtung vor Eurem gewerkschaftlichen Streben habt Ihr doch eine recht große Dummheit mit der Einladung begangen, zu der nur, — es soll mir gleich sein, wie die Führerschaft des Heilsberger Kartells eingestellt ist — die Kommunisten lachen dürften.

Wie könnt Ihr das Reichsbanner offiziell zu einem Gewerkschaftsfest unsererseits laden, bei dem Ihr gegen das Zentrum und die christlichen Gewerkschaften demonstrieren wollt, und in der Einladung noch mitteilen, daß auch der „Rote Frontkämpfer-Bund" in gleicher Weise geladen ist?

Das Reichsbanner umfaßt die für die Republik kampfbereiten Republikaner aller Parteien, auch des Zentrums! Deine Ladung geht zum Beispiel in Guttstadt, Wormditt, u. a. direkt in die Hände von Gewerkschaftsführern, die dort das Reichsbanner auch führen. Welchen Sturm muß das veranlassen und wie sehr dem Reichsbanner schaden. Der Rote Frontkämpfer-Bund ist genau so der gelegentliche gewalttätige Gegner des Reichsbanners, wie der Stahlhelm. Er ist im Ernstfall genau so der bewaffnete Feind, wie der Stahlhelm. Der Rote Frontkämpfer-Bund ist ein Apparat der russischen Außenpolitik. Waffen oder Mittel dazu ist der Sowjetunion schon wert. Wie will die Heilsberger Kollegenschaft ihn an einen Tisch mit den Reichsbanner-Kameraden bringen, das doch zwingend notwendig Zentrum und die christliche Gewerkschaftskonkurrenz in seinen Reihen sieht. Mit dem Roten Frontkämpfer-Bund gemeinsam mag man an einem Ort demonstrieren, wo die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft hauptsächlich kommunistisch eingestellt ist. Das nehme ich aber von Heilsberg nicht einmal an.

Soviel die Gewerkschaften werbender Arbeit bedürfen, — so wie Ihr das macht, werdet Ihr auch ihnen nur schaden auf solche Weise. Bedenkt doch, wenn das in der Rechts- oder auch nur Zentrumspresse erscheinen würde? — wie das dem Reichsbanner schaden müßte. Reichsbanner und freie Gewerkschaften sind zwei grundverschiedene Faktoren, die einander nicht ergänzen können und die über einander im eigenen Interesse nur sehr vorsichtig diskutieren dürfen.

Ich bedaure, daß Ihr bei solchem Beginnen Euch nicht erst um Rat für Eure Absichten einer übergeordneten Gewerkschaftsinstanz bedientet, wo Ihr das Verkehrte nicht selbst erkanntet, wünsche aber, daß es sowohl den freien Gewerkschaften wie dem Reichsbanner Heilsberg nicht schaden möge!

Mit gewerkschaftlichem Gruß
Deutscher Landarbeiter-Verband, Gau Königsberg,
Kreisgruppe Allenstein.
(Stempel)
gez.: Schnell.

Dieser Brief spricht Bände. Dem Bündnis mit den Zentrumspfaffen zuliebe opfert der Angestellte einer freien Gewerkschaft Massenorganisationen des deutschen Proletariats, die freien Gewerkschaften. Sind die im Reichsbanner organisierten Arbeiter, denen es mit der Vertretung ihrer Klasseninteressen ernst ist, mit diesen Methoden einverstanden? Wir glauben, daß das nicht der Fall ist. Die Reichsbannerleute müssen sich ernsthaft die Frage vorlegen, ob das Verbleiben in einer Organisation für sie von Wert ist, in der über die freien Gewerkschaften nur vorsichtig diskutiert werden darf.

„Echo des Ostens", 7. September.

Die Lage in Wanhsien

(Reuter.) **Hankau**, 18. September. Das Personal der Zoll- und Postverwaltung von Wanhsien ist heute in Ichang eingetroffen. Einer der Beamten war in Wanhsien gefangen gesetzt worden und sollte erschossen werden. Der energischen Intervention des japanischen Zollkommissars gelang es, **seine Freilassung zu erwirken. — Chinesische Truppen haben die Gebäude der britischen Mission in Wanhsien besetzt und drei Missionare festgenommen.**

Rosa Bergers Wandlung

43] Der Roman einer Entwicklung

Von Otto Müller Gloja

Copyright by Kalmäuser Verlag, Naunheim

„Verläuft der Krieg unglücklich für Deutschland, dann wird der deutschen Industrie ein derartiger Schlag versetzt, daß sie auf Jahrzehnte, vielleicht auf ein halbes Jahrhundert lahm liegt. Zum Beispiel hat sich in Frankreich durch die Niederlage der Franzosen 1870 die Arbeiterbewegung bis heute noch nicht wieder richtig entwickelt. Wer wird das auszukosten haben bei uns? Etwa die besitzende Klasse? Sie wird es auf die Arbeiterschaft abwälzen. Wollen Sie das verantworten? Haben Sie den Mut, Ihren Kindern ein solches Los zu bereiten? Wer von Ihnen will dann vor seinen Kindern stehen und sagen: Weil ich zu feig war, mein Vaterland zu verteidigen, habe ich Dir die Ketten angelegt und Dich zu jahrzehntelanger Hungersnot verurteilen helfen."

Lauter Beifall erscholl jetzt bei einem großen Teil der Versammlung, denn Zeilmann hatte geschickt operiert und mit dieser sentimentalen Frage eine Menge Zuhörer eingefangen.

„Demagogie mit Rührei!" rief ein Gegner dieser merkwürdigen Auffassung lachend; er wurde noch durch einen Gesinnungsgenossen unterstützt, der dazwischen rief: „Sie glauben doch selber nicht mehr an einen deutschen Sieg!"

Aber Zeilmann sprach laut und durchdringlich weiter, um jeden weiteren Zwischenruf zu ersticken. „Das Interesse der Arbeiterschaft verlangt, daß wir siegen, und daraus erwachsen unserer Partei besondere Aufgaben. Deshalb wird die „Volksstimme" geleitet von der Absicht, den Siegeswillen unter allen Umständen zu erhalten. Niemand sage, der deutsche Sieg sei nur ein Sieg der Kapitalisten! Der deutsche Sieg ist der einzige Weg zur raschen Beendigung des Krieges. Die Zensur geht manchmal etwas weit, aber ich gestehe offen, daß ich auch ohne Zensur so schreiben würde, wie ich schreibe. Es könnte ja nichts Schlimmeres geben, als unsere Truppen mißmutig machen. Unsere Zeitung wird jetzt auch im Schützengraben viel gelesen. Ein Kriegsfreiwilliger schrieb uns: „Wenn die „Volksstimme" kommt, liest sie zuerst der Hauptmann, dann der Leutnant, dann der Feldwebel, dann der Unteroffizier und dann die Mannschaften." Als vor ein paar Tagen wieder ein Transport der hiesigen Garnison ins Feld ging, kam der Kompagnieführer kurz vor der Verladung persönlich zur „Volksstimme" geritten, um sich eigenhändig ein Feldabonnement unserer Zeitung zu bestellen. Das zeigt doch, daß man uns nicht mehr als vaterlandslose Gesellen behandelt, und das wird auch nach dem Kriege nicht wieder anders werden. Wenn wir jetzt noch schreiben wollten, daß jeder Krieg nur den Herrschenden Nutzen brächte, so wäre das ein Verbrechen."

In diesem Augenblick konnte Fritz nicht mehr umhin, dazwischen zu rufen: „Wenn unsere Zeitung jetzt noch die Wahrheit schreiben würde, so wäre das ein Verbrechen . . . fragt sich nur, ein Verbrechen für wen und an wem?"

Wieder läutete der Versammlungsleiter und verkündete gravitätisch: „Ich ersuche den Genossen Seidel, den Referenten aussprechen zu lassen!"

„Du funktionierst ja fabelhaft!" rief ihm ein Genosse höhnisch zu und ein anderer bekräftigte: „Du wirst sofort Unteroffizier, Winkler. Du bist scheinbar froh, daß Du mal was geworden bist in der Partei, jetzt, wo die aktiven Leute fort sind."

Wieder setzte Lärm der Anhänger Zeilmanns ein, die in diesem Angriff auf den Versammlungsleiter einen Hieb gegen ihre Richtung witterten. Zeilmann fuhr fort:

„Ebenso dumm wäre es, wenn eine Frau ihrem Mann ins Feld schreiben wollte, es gehe ihr schlecht. Wer nun aber sagt, darunter leide die Aufklärung, der hat noch nicht begriffen, worauf es bei der Sozialdemokratie ankommt, denn von Sozialismus steht jetzt mehr im Blatte als früher."

Lautes Lachen der oppositionellen Genossen unterbrach den Redner.

„Ja, Genossen," suchte er diese Behauptung zu bekräftigen, „natürlich nur für solche Leser unseres Blattes, die nicht radikale Phrasen für Sozialismus halten. Von wirklichem Sozialismus steht jetzt mehr in unserem Blatt, als zu sonst einer Zeit. Wenn die Regierung die Lebensmittel rationiert, Höchstpreise festsetzt und dafür sorgt, daß die vorhandenen Lebensmittel und Gebrauchsartikel gleichmäßig an die Bevölkerung verteilt werden, so ist auch das Sozialismus. Ja, wenn zum Beispiel die englische Regierung die Schiffe der Reeder verstiert, weil diese der deutschen Unterseeboote wegen nicht fahren wollen und dadurch die Ernährung des englischen Volkes gefährden, so kann auch das Sozialismus genannt werden. Freilich ist das ein Sozialismus von erweiterten Gesichtspunkten aus."

„Hört, hört!" riefen einige Genossen und Fritz spottete laut: „Das ist Ihr ganz aparter Sozialismus!"

„Jawohl Genosse Seidel, das ist ein Sozialismus, der sich nach dem Kriege weiter entwickeln wird. Aber der Krieg, den Deutschland und Oesterreich, gegen sieben Mächte führen, sollte auf deutschem Boden ausgefochten werden. Noch heute stehen die Franzosen in Thann im Elsaß und Sie haben von Belgien gehört, was die arme Bevölkerung hat erdulden müssen. Aber das ist das Wesen eines modernen Krieges. Einen Vorwurf kann man da den deutschen Soldaten nicht machen. Unser Verhältnis zu den Arbeitern anderer Länder ist geändert worden. Ein internationaler Zusammenhang besteht nicht mehr. Nach dem Kriege ist freilich eine Verständigung wieder notwendig. Scheidemann ist nach Holland und Südtirol nach Italien gereist, um dort den Kriegshetzern entgegenzuarbeiten. Ob es aber hilft, sei dahingestellt. Diese Genossen haben jedenfalls in den Dienst des deutschen Volkes gestellt; so haben die Sozialdemokraten in allen Ländern gehandelt. Nur die russische Partei nicht, weil sie keine Macht besitzt und die russische Regierung keine Hilfe will, sondern die Sozialdemokraten in Gefängnisse steckt. Wenn Deutschland zum Beispiel einen Krieg in Südwestafrika führte, können wir hier weiter Klassenkampf führen, denn dann nähme die Arbeiterklasse keinen großen Schaden, wenn der Krieg verloren ginge. Mit Kriegsausbruch brach ja auch alle gewerkschaftlichen Organisationen des Streiks ab. Man machte es sogar wie die Gelben und schrieb Bittgesuche. Die Friedenspolitik war notwendig und man schloß gegenseitig Verträge, und kein Gewerkschaftsführer hat sich geweigert, derartige friedliche Verträge mit den Unternehmern zu schließen.

Was Sie nun noch vermissen, ist der Kampf gegen die bürgerlichen Parteien. Gewiß, in Friedenszeiten haben wir manchmal derb darufgehauen. Ob wir nicht manchmal zu derb geworden sind und uns dadurch geschadet haben? Ein Blatt, das für die Ablehnung der Kriegskredite schreibt, unser L . . . iger Blatt, beschimpfte die „Volksstimme" öffentlich als wüstes Kriegshetzergan, aber R . . . einer Parteizeitung hat bei den Heldentaten des U 9 geschrieben: „Hurra, unsere Marine!" So etwas machen wir nicht. Wir in der „Volksstimme" waren dagegen die erste Parteizeitung in den Provinzen, die die wahre Situation erkannt haben. Im vornherein haben wir den Gedanken der Verteidigung des Vaterlandes folgerichtig entwickelt und sind führend voran gegangen. Wir mußten nicht nur die Kriegskredite bewilligt werden, sondern wir mußten auch alles tun, Deutschland kriegskräftig zu erhalten bis zum Siege. Wer das nicht meint, hat Lassalles Wort nicht verstanden. Politik machen heißt, alle Kräfte auf einen Punkt konzentrieren können. Unser Blatt ist auch jetzt noch eine Waffe des arbeitenden Volkes; jetzt in sanfter Form, im Frieden in schärferer Form. Ich halte den für einen leichtfertigen Menschen, der so schreibt, daß das Blatt verboten wird. Was wäre denn damit erreicht? Wir halte es für unsere und Ihre Pflicht, daß die „Volksstimme" weiter und in umfangreichem Maße erscheint. Das sind wir unseren kämpfenden Genossen schuldig, die draußen Gut und Blut für unsere Freiheit und Existenz einsetzen. Wenn der Krieg beendet ist und Genossen kommen wieder, so werden sie sagen: „Wie Ihr geschrieben habt, so war es richtig!" und das wird mir Genugtuung dafür sein, daß mir jetzt zu Unrecht angegriffen und unserer Haltung wegen heftig bekämpft werden..."

(Fortsetzung folgt.)

Versammlungen der KPD

Fernruf 214 73

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. Orgableitung mit Instruktoren und Obleitern der Zellengruppen Montag, 20. Sept. abends 7½ Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft.
Bradorf. Mitgliederversammlung Dienstag, 21. Sept., abends 8 Uhr, bei Grohr. Referent der BL. angemeldet.
Bradorf. Mitgliederversammlung Dienstag, 21. Sept., abends 8 Uhr, bei Grohr.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Merseburg. Oeffentliche Frauenversammlung am Dienstag, 21. September, abends 8 Uhr, in der „Funkenburg". Referent Genossin Lehmann, Halle.
Schkeuditz. Mittwoch, 22. Sept., abends 8 Uhr 2. Kursusabend. Auch die Genossen, die am ersten Abend nicht teilgenommen haben, sind verpflichtet, zu erscheinen.
Mücheln-Neumark. Mittwoch, 22. September, abends 8 Uhr, in Gehlitz im Gewerkschaftshaus gemeinschaftliche Sitzung der kommunistischen Gemeindevertreter aller Gemeinden des oberen Geiseltals.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg

Wittenberg. Dienstag, 21. Sept., abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Mitgliederversammlung sämtlicher Betriebs- und Straßenzellen von Wittenberg (Zellengruppe 1 für die Zukunft). Thema: Wahl der Zellengruppenleitung und Organisatorisches. Alle Zellenmitglieder haben zu erscheinen.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Lenin-Zirkel Montag, 20. Sept., abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
Weißenfels. Montag, 20. September, abends 8 Uhr, Leninzirkel im Gewerkschaftshaus. Alle Genossen und Genossinnen müssen erscheinen.
Weißenfels. Dienstag, 21. Sept., abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Versammlung aller Partei- und Jugendgenossen, die dem KJVD. angehören. Parteimitgliedsbuch gilt als Ausweis und ist mitzubringen.
Weißenfels. Heute abend Kalenderabrechnung im UB-Bureau. Zellengruppenleiter treffen sich um ½8 Uhr.

Halle. Gruppe Zentrum. Zehnerschaftsführer. Montag Material beim Kassierer abholen.
Halle. Gruppe Süd. Funktionäre! Dienstag 7 Uhr Produktiv. Funktionärsitzung.
Halle. Gruppe Nord. Für alle Funktionäre! Mittwoch, 8 Uhr, im „Volkspark" Funktionärsitzung.
Halle. Musikübungsstunde Mittwoch, 8 Uhr, Jugendherberge. Beteilige sich jeder Genosse, welcher Instrumente besitzt.
Ammendorf. Dienstag, 21. Sept., Diskussionsabend im Rest. „Zur Post". Thema: Das Arbeitsbeschaffungsprogramm. Referent UBV.

Unterbezirk Merseburg

Merseburg. Mittwoch, 22. Sept., Gruppenabend.

Unterbezirk Delitzsch

Delitzsch. Mittwoch, 22. Sept., 8 Uhr, „Lindenhof". Thema: Englischer Bergarbeiterstreik.
Eilenburg. Dienstag, 21. Sept., ½8 Uhr, am Jugendheim. Besuch der Jugendausstellung. Eintritt 10 Pf.

Unterbezirk Wittenberg

Annaburg. Mittwoch, 22 Sept., 8 Uhr, gemeinsame Versammlung mit der Ortsgruppe Pfößig und der Partei. Referent Gen. Fritz, Halle.
Pfößig nimmt am Mittwoch an der Versammlung in Annaburg teil.

Unterbezirk Weißenfels

Weißenfels. Montag abend 8 Uhr im „Gewerkschaftshaus" Funktionärsitzung. Erweitertes Vorstand 7 Uhr.
Weißenfels. Stadtgruppenversammlungen Donnerstag.

Unterbezirk Zeitz

Zeitz. Dienstag, 21. September, Frage- und Diskussionsabend.

Unterbezirk Mansfeld

Hettstedt. Montag, 20. Sept., 8 Uhr, Vortrag über „Rolle und Bedeutung der Gewerkschaften". Referent Genosse Fritz.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Das Gausekretariat Gr. Klausstraße 10 ist geöffnet für auswärtige Kameraden täglich von 11 bis 1 Uhr, Mittwoch und Sonnabend von 5 bis 8 Uhr sowie jeden 3. Sonntag im Monat von 8 bis 1 Uhr vormittags für die gesamte Mitgliedschaft. Postscheckkonto: Paul Dössner, Halle, Postscheckamt Leipzig 8715. **Telephon 29012.**

Untergau Halle-Saalkreis

Jungfront-Abteilungsleiter. Montag, 20. Sept., im „Volkspark" wichtige Sitzung.
Halle. Norden. Spielleute Dienstag, 29. Sept., 7 Uhr, im „Volkspark" Ueben.
Halle, Abteilung 3, Westen, und Abteilung 5, Zentrum. Spielleute Dienstag 7 Uhr Heilsleder Bahnhof.
Döllnitz. Dienstag, 21. Sept., abends 7 Uhr, „Goldener Hirsch" Mitgliederversammlung.

Jungfront

Halle. Abteilung 3, Jungfront. Mittwoch, 22. Sept., abends 8 Uhr, „Fröhlicher Zecher" Versammlung. (Zorgau-Fahrt.)

Untergau Delitzsch

Gieser. Mittwoch, 22. Sept., Mitgliederversammlung.

Untergau Wittenberg

Wittenberg. Dienstag, 21. Sept., 7 Uhr, Gewerkschaftshaus Funktionärsitzung.

Untergau Weißenfels

Weißenfels. Montag, 20. September, abends 7½ Uhr, im Gewerkschaftshaus wichtige Funktionärsitzung.
Weißenfels. Mittwoch, 22. Sept., 7 Uhr, Antreten der Ortsgruppe am Rosalisweg. Vollversammlung.

KJVD

Bezirk Halle-Merseburg
Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 1473

Jugendgenossen! Werbt eifrig jugendliche Mitglieder für die freien Gewerkschaften!

Mitteilungen der BL.

Bezirksleitung. Am nächsten Dienstag ½8 Uhr wichtige Sitzung im Jugendsekretariat.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. Gruppe Westen. Montag, 20. September, abends 7 Uhr, Funktionärsitzung und Materialausgabe im Jugendbureau.

In dieser Jahreszeit
kein Haushalt ohne
Hallorentropfen
der beste Magenlikör
Brehmer Nachf., ob. Leipzigerstr. A 3

Stadt-Theater
Heute Montag 8 Uhr
1. Konzert-Konzert
Dienstag 8 Uhr
Juarez u. Maximilian

Lederzohlen
Gummiabsätze
billig bei 142
Wilh. Kranig
Neue Promenade 15

Achtung! Achtung!
Kaninchenfelle, Ziegenfelle usw.
kaufen zu höchsten Preisen
Jeder Ablieferer eines oder mehrerer Felle an uns, erhält von uns — wie alljährlich zum Wiesenmarkte
eine Fahrkarte gratis
für Hemts Pracht-, Berg- und Laubahn
Gebr. Gehrhardt
Fellhandlung, Eisleben, nur Betriebstr. 11/12

Mbl. Zimmer frei
Z. erfrag. Exp. d. Bl.

Vorkommn. verl. Abgeb. Gr. Märkerstr. 8 hp.

Mode-zeitungen
können durch unsere Buchhandlungen bezogen werden

Von der Reise zurück!
Dr. med. Lahmann
Karlstraße 7 Fernspr. 210 21
Sprechstunden: 9—11, 4—6
außer Sonnabendnachmittag

Die Volksbuchhandlung Wittenberg
Jüdenstraße 10
empfiehlt politische und schöngeistige
Literatur
Sämtliche
Schul- und Schreibwaren
Außerdem
werden sämtliche Aufträge an
Drucksachen und Inserate
entgegengenommen

Die Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung lade ich zu einer Sitzung auf **Donnerstag, den 23. Sept. 1926 nachmittags 5 Uhr**, nach dem Stadtverordneten-Sitzungssaale hierdurch ergebenst ein

Tagesordnung:

1. Endgültige Anstellung eines Polizeibeamten. 2. Festsetzung der Ruhegehaltsbezüge für einen Handelslehrer. 3. Entsatzung über Berufsschulbeiträge. 4. Aufnahme einer Anleihe. 5. Bürgschaftsübernahme. 6. Veräußerung städtischen Geländes zu Bauzwecken. 7. Verpachtung städtischen Geländes. 8. Nachträgliche Bewilligung gewährter Mietbeihilfen. 9. Abrechnung über die Verstärkung des Gasrohrstranges in der Altenburger Straße (Nachbewilligung d. Mehrausgabe). 10. Besoldungsnachweis im städtischen Haushalt. 11. Entlastung der Jahresrechnung 1925 der Hospital-Spezial-, Mittelschule, Stadtspar- und Volksbadekasse. 12. Kassenprüfungsverhandlung. 13. Anträge der Sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion. 14. Anträge der Kommunistischen Stadtverordnetenfraktion

Zeitz, den 20. September 1926

Der Stadtverordnetenvorsteher
Goldstein

Nur Dienstag
Billiger Seefischtag
Ein Kühlwaggon
blutfrische Ware
Nordsee
Goldbarsch o. K. 25
Seelachs o. K. . . . .
Schellfisch, klein m. K.
Angelschellfisch ½ Pfund
Kabeliau o. Kopf, groß . .
Kartoffelnaden, brasserfertig
Schellfisch o. Kopf, mittel
. . . . groß
Scholle klein 40 groß
Nur bis Dienstagabend:
Billiger Bücklingsverkauf
Allerfeinste, frische, zarte, deutsche **Fettbücklinge** . . . . das Pfund nur 40
Jeder nehme dieses wahr, Fänge knapper und normal Preis 60 Pfennig das Pfund

Spendet f. d. „Rote Hilfe"

Familien-Nachrichten

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am 18. Sept. früh 5.30 meine immer geliebte Frau, meiner Kinder treusorgende Mutter, Schwester, Schwägerin, Tante und Nichte, Frau

Emma Busch
geb. Weigt

plötzlich und unerwartet im Alter von 36 Lebensjahre sanft entschlafen ist.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Fritz Busch und Kinder
nebst allen Angehörigen
Halle a. d. S., Schmiedestr. 7.

Die Beerdigung findet am Dienstag, 2 Uhr, von der Leichenhalle des Südfriedhofes aus statt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260920-13/fragment/page=0004

Gewerkschaftsbewegung

Marx und die Gewerkschaften

S...e. Die Internationale Werbewoche des IGB. wirft auch die Frage auf, wie Marx, der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, zu den Gewerkschaften gestanden hat. Es ist deshalb für die Stellung des Altmeisters an einigen Zitaten darzustellen, um zu zeigen, daß die Reformisten bei der Beschränkung auf die Lohnkämpfe nur die eine Seite der Gewerkschaftsarbeit berücksichtigen, während Marx den Gewerkschaften darüber hinaus auch die Aufgabe stellte, Organe des revolutionären Kampfes zu sein.

In der Gewerkschaftsresolution des **Genfer Kongresses der Ersten Internationale** erklärt Marx:

„Das Kapital ist eine konzentrierte gesellschaftliche Kraft, während der Arbeiter nur über seine persönliche Arbeitskraft zu verfügen hat ... Die einzige gesellschaftliche Macht der Zahlen wird aber durch ihre Uneinigkeit gebrochen. Die Uneinigkeit der Arbeiter wird durch ihre unvermeidliche Konkurrenz untereinander geschaffen und genährt. Die Gewerkschaften hatten ihren Ursprung in dem freiwilligen Bestreben der Arbeiter, diese Konkurrenz zu beseitigen oder wenigstens zu beschränken, in der Absicht, die Vertragsbedingungen zu erkämpfen, durch welche sie über die Stellung einfacher Sklaven empor gehoben würden. Der unmittelbare Zweck der Gewerkschaften beschränkte sich daher auf die alltäglichen Bedürfnisse, auf augenblickliche Auskunftsmittel (Kampfmittel) gegen die fortwährenden Uebergriffe des Kapitals, mit einem Wort: auf die Lohnfrage und die Frage der Arbeitszeit. Diese Tätigkeit der Gewerkschaften ist nicht bloß berechtigt, sie ist notwendig. Sie darf nicht aufgegeben werden."

Marx betont also die Notwendigkeit, daß die Gewerkschaften Kampforganisationen für die Führung der Lohn- und Arbeitskämpfe des Proletariats sind und bleiben müssen. Marx sagt weiter:

„Die Gewerkschaften sind die **Schulen für den Sozialismus.** In den Gewerkschaften werden die Arbeiter zu Sozialisten herausgebildet, weil ihnen da täglich der Kampf mit dem Kapital vor Augen geführt wird."

Marx bezeichnet also die Gewerkschaften deshalb, weil sie die Klassenkämpfe des Proletariats führen, als Schulen für den Sozialismus. Aber während die Reformisten damit die Aufgaben der Gewerkschaften als abgeschlossen betrachten, erklärt Marx, daß die Gewerkschaften außerdem die Aufgabe haben, ihre organisierte Macht zum **Sturz des Kapitalismus einzusetzen.** Und zwar sagt Marx das so:

„Statt der konservativen Losung, „einen gerechten Tagelohn für einen gerechten Arbeitstag", sollen sie auf ihre Fahne die revolutionäre Parole schreiben: Abschaffung des Lohnsystems!"

Obgleich also Marx den Kleinkampf der Gewerkschaften als unbedingt notwendig anerkennt, fordert er doch darüber hinaus, daß die Gewerkschaften **Organe des revolutionären Kampfes** werden müssen. Denn, sagt Marx:

„**Die Gewerkschaften arbeiten so gut als Widerstandszentren gegen die Uebergriffe des Kapitals, sie erweisen sich teilweise als unwirksam infolge unverständigen Gebrauchs ihrer Macht.** Dabei hat Marx sicher an ähnliche Dinge wie Arbeitsgemeinschaft und Wirtschaftsdemokratie gedacht. D. B.) **Sie verfehlen im allgemeinen ihren Zweck, weil sie sich auf einen Guerillakrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems beschränken, statt gleichzeitig auf seine Umwandlung hinzuarbeiten und ihre organisatorische Kraft als einen Hebel zur endgültigen Befreiung der arbeitenden Klasse, d. h. der endgültigen Abschaffung des Lohnsystems, zu gebrauchen.**"

Diese Grundgedanken Marx' über die Aufgaben der Gewerkschaften müssen auch uns eine Richtschnur unserer Werbearbeit sein: Gewinnung aller noch abseits stehenden Kollegen im Betrieb, Ausbau der Organisierung in den Gewerkschaften, Ausbau der Gewerkschaften zu Organen des revolutionären Klassenkampfes.

Zurück zur Arbeitsgemeinschaft?

Striemer lobt die Gewerkschaften

Die „DAZ." veröffentlicht einen Artikel über „Rationalisierung und Arbeiterschaft" von Dr. Alfred Striemer, den sie als „sozialistischen Herausgeber der Borsigschen Werkszeitung" vorstellt. Der „Sozialismus" des Herrn Striemer sieht bekanntlich so aus, daß er nicht einmal der ADGB. mehr für die „Betriebsrätezeitung" verwenden konnte, während die deutschen Unternehmer seit dem Ausscheiden Striemers aus der Redaktion der „Betriebsrätezeitung" in seinem „Sozialismus" ausgiebig Gebrauch machen. Daß dieser Querläufer zu den Gelben uneingeschränkt für die Rationalisierung kann niemand verwundern. Daß dieser Striemer aber

den freien Gewerkschaften das höchste Lob zollt,

muß alle Arbeiter bedenklich stimmen, die noch nicht merken, auf welchem Boden sich die Führung des ADGB. mit ihrer Rationalisierungspolitik begeben hat. Striemer schreibt:

„Die geistige Disziplinierung der deutschen Arbeiter durch ihre Gewerkschaften zeigt sich deutlich für jeden Unbefangenen, denn es besitzt wahrlich Stärke dazu, in vollkommener Selbstbeherrschung einen wirtschaftlichen und sozialen Prozeß sich vollziehen zu lassen, der zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands führen wird, der aber zuerst dem Kapital und nicht der menschlichen Arbeit, die am großen Teil bittere Not leidet, die Vorteile aus der Rationalisierung zukommen läßt. Gewiß weiß die Arbeiterschaft, daß das Kapital brauchen, um die Wirtschaft in ausreichendem Umfang in Gang zu bringen, und daß dieses Kapital nur dann kommt, wenn es mit Sicherheit Rente erwarten kann, daß also eine Zufriedenstellung des Kapitals in der gegenwärtigen Wirtschaftsform vorangehen muß; dennoch gehört hohe Disziplinierung dazu, sich den wirtschaftlichen Notwendigkeiten zu fügen, ohne einen Radikalismus zu verfallen, der das ganze Aufbauwerk vernichten könnte.

Die größten Gewerkschaften haben sich von der „Arbeitsgemeinschaft" losgesagt, und sie hatten dazu ganz gewiß wichtige Gründe.

Aber sehen wir recht, dann haben sie sich formal losgesagt, in Wirklichkeit doch so gehandelt, als ob sie weiter bestände."

Striemer hat recht. Für die Rationalisierung durch den Kapitalismus sein, das bedeutet für die Arbeitsgemeinschaft sein. Die Gewerkschafter, die die Arbeitsgemeinschaft ablehnen, müssen ebenso die sozialistische Politik der Förderung der kapitalistischen Rationalisierung ablehnen.

Ruhr-Bergarbeiter gegen den BAV.-Vorstand

Nehmt Stellung zur Reichskonferenz!

Die Ruhrgebiet hatte bekanntlich der BAV. nach Kündigung des Abkommens eine zehnprozentige Lohnerhöhung gefordert, sich aber ohne weiteres auf die von den Unternehmern aus guten Gründen (Streikbruch-Konjunktur!) „bewilligten" vier Prozent eingelassen. Daß die Ruhrbergarbeiter anderer Meinung sind und daß sie dieser auch Ausdruck geben und zu neuem Lohnkampfe mobilisieren, beweisen täglich einlaufende Meldungen über BAV.-Versammlungen, in denen **dem Hauptvorstand schärfstes Mißtrauen und die Nicht-Anerkennung des Schiedsspruches ausgesprochen** wird. Selbst der gewiß nicht kommunistenfreundliche Hummerich von der Essener Ortsverwaltung des DMV. bezeichnete den Schiedsspruch als „**schwere Niederlage**".

Mitteldeutsche Bergarbeiter! Wollt Ihr immer weiter den furchtbaren Druck Eurer Ausbeuter auf Euch nehmen, wollt Ihr durch Ueberstunden statt durch **Lohnerhöhung** Eure Existenz fristen? Auf, stärkt durch Euren Beitritt den BAV. und helft im BAV. die Methoden des Haupt- und Gauvorstandes umwandeln in wirkliche Vertretung der Arbeiterinteressen!

Am 26. September findet eine **Reichskonferenz des BAV.** in Düsseldorf statt. Sorgt alle dafür, daß der Vorstand durch Eure Anträge und Delegierten zur gründlichen Behandlung der Frage der **Kampfestrategie** und **Unterstützung der englischen Bergarbeiter** gezwungen wird.

Rüstet zur mitteldeutschen Erwerbslosenkonferenz!

Erwerbslose Männer und Frauen! Betriebsräte! Gewerkschaftsfollegen!

Der Bezirkserwerbslosenausschuß für Halle-Merseburg ladet hierdurch zur

mitteldeutschen Erwerbslosenkonferenz

am Sonntag, dem 26. September, vormittags 10 Uhr, in Halle, „Volkspark" (kleiner Saal), ein.

Vorläufige Tagesordnung:

1. **Die Wirtschaftslage und die Erwerbslosen.**
2. **Die Lösung der Erwerbslosenfrage. Programm der Schwerindustrie und der Regierung oder Klassenkampf.**
3. **Stellungnahme zum Landeskongreß der Werktätigen.**

An alle erwerbslosen Kollegen und Kolleginnen ergeht der Ruf: Nehmt sofort, soweit das noch nicht geschehen, in öffentlichen Erwerbslosenversammlungen Stellung zur Konferenz und entsendet Eure Vertreter.

Als Delegationsmodus hat der Bezirksausschuß festgelegt: Bis zu 100 Erwerbslose 1 Delegierter, bis zu 1000 Erwerbslose 2 Delegierte, über 1000 Erwerbslose 3 Delegierte.

Die Unkosten für die Delegationen sind durch freiwillige Beiträge (Sammlungen) zu tragen. Wir erwarten, daß alle Erwerbslosen des Bezirks ihre Vertretungen entsenden und dadurch an der Zusammenfassung aller Erwerbslosen zum Kampf gegen die Verelendung wirken.

Darüber hinaus fordern wir die Gewerkschaftskollegen und die Betriebsräte der Großbetriebe auf, daß auch sie zur Konferenz Stellung nehmen und Vertretungen entsenden aus der Erkenntnis, daß Erwerbslose und Arbeiter im Produktionsprozeß zusammengehören und gemeinsam den Kampf führen müssen.

Die Delegierten müssen dem Bezirksausschuß unter Angabe ihrer Organisationszugehörigkeit und in welcher Körperschaft sie gewählt wurden, sofort gemeldet werden.

Der Bezirkserwerbslosenausschuß
J. A.: Friedrich Hecht, Weißenfels, Marienstraße 48.

Oeffentliche Schuhmacherversammlung in Naumburg

Die Schreibweise des Zeiger „Volksboten"

(Arbeiterkorrespondenz.)

Der sozialdemokratisch-deutschnationale Parteien-Streckenläufer Eugen Wallbaum scheut keine Mittel, um jederzeit ein paar „Gelegenheitsgroschen" zu verdienen. Er erdreistete sich auch, im „Witzboten" von Zeitz eine Versammlung der Naumburger Schuhmacher-Ihstelle in einer Weise zu glossieren, die erstens nicht gewerkschaftsfördernd ist und zweitens nicht den Tatsachen entspricht.

Warum geht er in seinem Schmierartikel nicht auf die ganze Tagesordnung ein? Elender Zeilenschinder, das hängen wir Dir nicht auf die Nase, wie wir eine Versammlung bewerkstelligen. Hast Du geschlafen, als eingangs der Versammlung erklärt wurde, daß die in Frage kommenden Kollegen neben der Zeitung besonders eingeladen wurden? Verleumde nur, es bleibt schon etwas hängen!

Stand nicht auf der Tagesordnung auch: Lohn und Preis der Reparaturen und die Lehrlingszucht der Kraute? Warum kniffen die Kraute und schickten nur Spitzel? Wieviel mal warst Du denn in der Retirade (oder bist Du jedesmal nach Hause geflitzt und hast Deinen Kindern das Taschengeld abgeknöpft, damit Du Deine Zeche bezahlen kannst,)! Warum willst Du auf die Ausführungen des Kollegen Schüßler nicht weiter eingehen? Es ist nämlich politische Dummheit und Unkenntnis über Wirtschaftsfragen, die Dich daran hindern. Du willst lediglich den „Witzboten"-Lesern gruselig machen vor den ††† Kommunisten. Nun, Verwandlungskünstler, wenn Du im „Witzboten" noch einmal den Salat aus dem **erzreaktionären Tageblatt** des Jahres 1922/23 verzapftest?

Auf wieviel Farben hast Du Dich schon umgestellt in Deinem Leben? Denkst Du an den Deutschen Männerturnverein? Warum hast Du Weißenfels verlassen?

Es ist bezeichnend, daß der „Volksbote" sich von solchen Leuten Berichte schreiben läßt!

Steht das Baugewerbe vor einer Lohnbewegung?

Besteht die Möglichkeit, auf dem Wege, den die reformistischen Gewerkschaftsführer des Baugewerbes in den Gewerkschaften eingeschlagen haben, die Lage der Arbeiter zu verbessern?

Zunächst die Frage: Wie ist der Weg? Lassen wir sie Paeplow beantworten:

„Ist es somit zwar Unsinn, zu behaupten, die Gewerkschaften seien die Stützen der kapitalistischen Wirtschaft, so muß ganz klar erkannt werden, daß ein Zusammenhang zwischen beiden und eine starke Abhängigkeit der Gewerkschaften vom Kapitalismus und von dem Auf und Ab der Wirtschaft besteht ... Da wir leider noch keine andere maßgebliche Wirtschaft als die kapitalistische haben, müssen alle Maßnahmen der Gewerkschaften zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auf den Stand der kapitalistischen Wirtschaft eingestellt werden. Diesem ursprünglichen und immer noch ersten Ziele der Gewerkschaften kommt man in der Regel nur näher bei guter Konjunktur, bei lebendiger Wirtschaft." (Protokoll vom Bundestag in Hamburg. Seite 4.)

Da also bei schlechter Konjunktur keine Verbesserungen für die Arbeiterschaft herausgeholt werden können, sondern nur bei gutgehender Wirtschaft, so muß, nach reformistischer Ansicht, alles versucht werden, die Wirtschaft flottzumachen. Aus diesem Grunde unterstützen sie die Rationalisierung der Wirtschaft, wenn auch die Rationalisierung nur auf Kosten der Arbeiterschaft durchgeführt wird. Die Gegenüberstellung sischen guter und schlechter Konjunktur ist unklar, denn heute ist die Massenarbeitslosigkeit in Deutschland ein Dauerzustand.

Mit welchen Mitteln wollen die Gewerkschaftsführer des Baugewerbes die Notlage der Bauarbeiterschaft beleitigen? Da sind die Ausführungen Bernhardts vom Bundesvorstand auf dem Bezirkstag in Berlin-Brandenburg sehr interessant. Er berichtete dort über die Vorgänge in den Sitzungen des Zentralen Schiedsgerichts und erklärte:

„Wenn auch die gefällten Schiedssprüche nicht mit Ruhe von den Bauarbeitern hingenommen werden können, so helfe dagegen kein Schimpfen, wir müssen vielmehr versuchen, Einfluß auf zwei Faktoren zu gewinnen, durch die allein eine Besserung zu erwarten ist." („Grundstein" Nr. 33.)

Was bedeutet das? 1. Sollen die Arbeiter ideologisch für dauernden Burgfrieden des nächsten Baujahres 1927 im Baugewerbe vorbereitet und es soll ihnen schmackhaft gemacht werden, daß durch die Schlichtungsinstanzen etwas zu erreichen ist.

Zweitens gehört eine ziemliche Portion Frechheit dazu, bei der Stellung der Schlichtungsinstanzen gegenüber der Arbeiterschaft, diese Hilfsstellen des Kapitalismus als alleinseligmachend hinzustellen. Was schert die Reformisten der Kampf der Arbeiterschaft gegen die mit den Unternehmern verbündeten Schlichtungsinstanzen!

Bernhardt meint, eine wirksame Lohnpolitik kann nur getrieben werden, wenn die Bauarbeiterschaft restlos organisiert ist. Natürlich müssen alle Bauarbeiter restlos organisiert werden, aber nicht, um sich ruhig den abgeschlossenen Burgfrieden gefallen zu lassen, sondern **zum schärfsten Kampf gegen das Unternehmertum.** Werden die Gewerkschaften das Abkommen kündigen und Forderungen stellen, die der Teuerung angepaßt sind?

Soviel man jetzt sagen kann, scheint der Baugewerksbund mit den Zimmerern die Absicht zu haben, den Burgfrieden als Dauerzustand festzulegen. Sie benutzen zur Begründung die schlechte Konjunktur. Dies kann sich die Bauarbeiterschaft nicht gefallen lassen. Aufgabe der gesamten Bauarbeiterschaft ist es, unter folgenden Losungen den Kampf zu führen:

Engstes Kampfbündnis der arbeitenden mit den erwerbslosen Kollegen zur Schaffung von Arbeiten unter Kontrolle der Gewerkschaften und Betriebsräte, z. B. Weiterführung von Kanalbauten, Elektrisierung der Eisenbahn, Wohnungsbau usw.

Her mit dem Achtstundentag.

Sechs Tage Ferien für alle Bauarbeiter.

Bezahlung der Regentage.

Beseitigung der Akkordarbeit.

Erhöhung der Löhne unter besonderer Berücksichtigung der Ungelernten.

Bauarbeiter, Kollegen! Hindert Eure Führer durch einen geschlossenen Willen, den beschrittenen Weg weiter zu gehen.

Es lebe der Kampfwille der deutschen Bauarbeiter!

Die Gewerkschaftswoche hat den Verbänden neue Mitglieder gewonnen

Nun heran an die Vorbereitung des Kongresses der Werktätigen!

Ein offenes Wort des „Textilarbeiter"

Die sächsischen National-Sozialisten der Firma Heldt, Nietsch & Co. haben ihre Hauptstellung in den bezahlten Posten der sächsischen Gewerkschaften. Hier haben sie fest wie Kletten, und die sächsische Sozialdemokratie hat es bisher nicht fertiggebracht, diese bürgerlichen Elemente, die sich in der „alten Sozialdemokratischen Partei" zusammengeschlossen haben aus ihren Gewerkschaftspositionen zu werfen. Die „Leipziger Volkszeitung" setzte sich für eine Funktionärs-Entbehung der sächsischen rechtssozialistischen Gewerkschaftsbeamten ein mit der Begründung, daß sie auch den gewerkschaftlichen Zielen fernstehen und die Bewegung schädigen. Besonders heftig geht der Kampf zwischen der sächsischen Linken und dem Textilarbeiterverband, dessen sächsische Verbandsangestellten sich zum größten Teil als ganz üble Spießgesellen des Bürgertums zeigten. Die Textilarbeiter-Verbandsleitung bemüht sich nach Kräften, die sächsischen Nationalsozialisten in Schutz zu nehmen, und in ihrem Eifer entschlüpft ihr ein Bekenntnis, das sich die sächsische und die ganze deutsche Arbeiterschaft wohl merken sollte. Sie schreibt im „Textilarbeiter":

„Was die Dreiundzwanzig als Politiker getan haben, abgesehen von den Handlungen einzelner, liegt im allgemeinen in der großen Linie der Parteipolitik (gemeint ist die Parteivorstandspolitik der SPD.) und wir wissen nicht, daß durch die Handlungen der Dreiundzwanzig die Gewerkschaften irgendwie geschädigt worden wären."

Es ist von uns stets behauptet worden, daß nicht die sächsische Linke, sondern die Dreiundzwanzig die konsequentesten Vertreter der offiziellen Parteipolitik des SPD.-Vorstandes in Sachsen sind. Es ist wertvoll, diese Auffassung jetzt von der Leitung des Textilarbeiterverbandes bestätigt zu sehen, der bekanntlich das Bindeglied zwischen den sächsischen Nationalsozialisten der NSP. und dem Parteivorstand der SPD. darstellt.

Die Textilarbeiter sollten in allen Zahlstellen zu dieser Solidarisierung ihres Verbandsvorstandes mit einer bürgerlichen Partei Stellung nehmen, ebenso die übrigen Gewerkschafter zu solchen Vorkommnissen innerhalb des ADGB.

Neuerscheinungen

A. L-ff: „Der Streik in England und die Arbeiterklasse der Sowjet-Union"

Führer-Verlag, Berlin NW 6, Charitestraße 7. Preis der Organisationsausgabe, die nur durch die Buchhandlungen der Linken zu beziehen ist, 30 Pf.

Die Broschüre schildert die Stellungnahme der Arbeitermassen in der Sowjetunion zum Generalstreik in England und ihre Solidaritätsaktion für die englischen Bergarbeiter. Sie enthält die zum ersten Male in deutscher Sprache im vollen Wortlaut veröffentlichten Dokumente, den Aufruf des Zentralrates der Gewerkschaften der Sowjetunion in Sachen des Generalstreikes, desgleichen die offiziellen Publikationen der Verbände der Seeleute und Transportarbeiter der Sowjetunion, die sich auf den Teilstreik in den Häfen der USSR. sowie auf den Schiffen mit russischer Bemannung in den englischen Häfen beziehen. In einer eingehenden Darstellung werden auch die Bemühungen der russischen Gewerkschaften im englisch-russischen Einheitskomitee, eine praktische Solidaritätsaktion im internationalen Maßstabe zustande zu bringen, und die Sabotage des englischen Generalrates geschildert. Dem englisch-russischen Bergarbeiterkomitee, seiner Gründung und Tätigkeit ist ein Abschnitt gewidmet. In der Broschüre ist die Stellungnahme der Gewerkschaften der USSR. gegenüber den Angriffen der englischen konservativen Regierung, die durch ein Verbot die Uebersendung der von den russischen Arbeitern gesammelten Unterstützungsgelder unterbinden wollte, klar dargestellt, desgleichen die Finanzlage der Gewerkschaften der USSR. Im Anhang wird genau das Ergebnis der Sammlungen in den Gewerkschaften nachgewiesen.

Einen Stundenlohn für die englischen Bergleute!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260920-13/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis

Die Kleingewerbetreibenden rebellieren

Gestern vormittag fand im „Neumarktschützenhaus" eine Versammlung der Kleingewerbetreibenden statt, in der zur Frage der Gewerbesteuer Stellung genommen werden sollte. Große und starke Worte machten den Versammlungsraum erzittern, wenn man aber näher hinsah, merkte man, **daß der Mut zu wirklichen Entscheidungen fehlte.** Als Referent war ein Herr Oppel aus Magdeburg erschienen, der in seiner Rede gegen den Finanzminister Reinhold opponierte. **Man** habe ein Steuersenkungsprogramm versprochen, es wurde auch einiges „gesenkt", dafür aber aus anderen der achtzig verschiedenen Steuerarten Unmögliches herausgeholt. Die breiten Schichten, der Mittelstand, müssen zahlen. Natürlich seien die „Linksparteien" an allem schuld. Während bei einer Riesenfirma, wie es die Batschari-Zigarettenfabrik ist, 12 Millionen Steuerstundung ohne Zinsen gewährt werden, steht bei den kleinen Leuten immer gleich der Gerichtsvollzieher dahinter. Anderereiteis brauchen freie Berufe, Rechtsanwälte, Oberbürgermeister, Oberpräsidenten, überhaupt Beamte, die doch auch „ihr Handwerk zu verstehen behaupten" und sich darauf noch viel einbilden, keine Gewerbesteuer zu bezahlen. Aber diese Herren, auch wenn sie selbst aus kleinen Kreisen stammen, verlieren eben die Fühlung mit den Massen.

„Wir bitten nicht mehr, wir fordern",

in diesem Ausruf gipfelte schließlich die Rede, die mit einer Mahnung an die Stadtverordneten von Halle schloß.

Der zweite Redner, ein Herr Herbert, berichtete, daß Bürgermeister Seydel die von den Gewerbetreibenden zu ihm gesandte Deputation nicht empfangen habe, weil er in einer ihrer Versammlungen beleidigt worden sei. (Herr Seydel hat's nötig, den Ehrbaren herauszukehren!) Die Gewerbetreibenden wollen wissen, wofür die Nachzahlung ist und wie hoch das Aufkommen der Gewerbesteuer infolge der Nachzahlungen ist. Dem Bürgerblock wurde eine Resolution eingereicht, in dem Schonung des gewerblichen Mittelstandes gefordert wurde.

In der Diskussion sprach für die kommunistische Stadtverordnetenfraktion der Genosse Günther. Er zeigte auf, daß das heutige System dazu zwinge, die Steuern bis zum letzten Pfennig aus den kleinen Leuten herauszupressen. Die Dawes-Sonne sei eben so aufgegangen, wie die KPD. dies immer vorausgesagt habe. Die Lasten des Locarno-Vertrages werden immer höher. Sie werden auf die breiten Massen abgewälzt. Arbeiter und Kleinhandwerker werden gemeinsam bis zum äußersten ausgepreßt, während die Großkapitalisten Steuernachlaß und Stundung ohne Zinsen erhalten und prozentual überhaupt mehr geschont werden. Da ist es denn kein Wunder, wenn es zu Verzweiflungsausbrüchen kommt wie in Berkastel bei den Kleinbauern. **Trotzdem ist bei diesen Schichten keine Konsequenz vorhanden.** Bei dem Volksentscheid sind sie für Ueberlassung der Millionen an die Fürsten eingetreten; für gewaltige Ausgaben, um Militär und Schupo zu finanzieren, sind sie immer zu haben. Die kapitalistische Wirtschaft geht zugrunde, aus diesem Zustand erwächst die furchtbare Arbeitslosigkeit, die auch die Kleinhandwerker nicht verschont. Wenn die Arbeiter nichts verdienen, kann auch der Kleinhändler nichts einnehmen. In Halle haben die Kommunisten Initiative ergriffen und eine großzügiges **Arbeitsbeschaffungsprogramm** gefordert. Dort sollen aber die Gelder zu notwendigen Zwecken, nicht für Stadtballe, Flugplatz, Neubau von Lehmanns Felsen, großartiges Luxeum ausgegeben werden. Dagegen muß ein städtisches Krankenhaus errichtet werden, außerdem Wohnhäuser und ein Jugendheim. Der Stadtbankkandal sollte restlos werden, erst die kommunistische Initiative verhinderte dies. Auch hier haben proletarische Institute und Kleinhandwerker nichts erfreitzig, dafür aber die Großen und die Schieber.

„Wir werden die Kleinhandwerker schützen und uns dafür einsetzen, daß alle Beträge bis zur Veranlagungsstufe von 3000 Mark freigestellt werden.

Im übrigen sollen die Mittelständler und Kleinhandwerker mit den Arbeitern zusammengehen, sie gehören in eine Front.

Diese Wahrheiten wurden gelegentlich durch Beifall unterbrochen und waren der Versammlungsleitung sichtlich unangenehm. Wiederholte Mahnungen, zum Schluß zu kommen und schließlich Wortentziehung verhinderten weitere Ausführungen des Genossen Günther. Im Schlußwort mußten die Referenten zugeben, daß der kommunistische Vertreter in vielem recht habe, aber man müsse vor den Moskauer Parolen warnen. (Ha! Ha!) Der zweite Referent, Herbert, gestand noch ein: **„Es ist schlimm, daß erst die Kommunisten die öffentliche Besprechung des Stadtbankskandals fordern mußten.** Vieles von den Ausführungen des Kommunisten müsse man unterschreiben, man dürfe nicht sagen, daß alles, was von den Kommunisten käme, nichts tauge." Und auch der Herr Oppel konnte das nicht ablehnen, aber dann versuchte er wieder mit nationalen Phrasen die Versammlungsteilnehmer davon abzubringen.

•

Auch die Mittelständler und Kleinhandwerker werden erleben müssen, daß sie durch die Entwicklung der Wirtschaft ins Proletariat gestoßen werden, und dann müssen schließlich auch sie stempeln gehen, obwohl der Referent Oppel erklärte, sie wären zu stolz dazu, wollten lieber Arbeit haben — — als wenn das bei den Arbeitern anders wäre. Aber das werden diese Herrschaften erst verstehen lernen, wenn sie es selbst am eigenen Leibe verspürt haben.

Eine „feine Dame"

stieg im September vorigen Jahres im Hotel „Europa" ab. Sie trug sich unter dem Namen „Frau Doktor Grimme" in das Fremdenbuch ein. Eines Tages interessierte sich aber der Kriminalinspektor Holters für die „Frau Doktor" und nahm sie mit zum Polizeipräsidium. Hier stellte sich heraus, daß die Frau Doktor in Wirklichkeit eine Verkäuferin namens Klara Heerdt war, die wohl wegen verschiedener Betrügereien noch eine längere Gefängnisstrafe vor sich, eine Aufforderung zum Strafantritt aber noch nicht erhalten hatte. Sie wurde schließlich wieder aus der Haft entlassen.

Die „Frau Doktor" hat inzwischen nun ihre Gefängnisstrafe angetreten und wurde jetzt aus der Strafhaft dem hiesigen Schöffengericht vorgeführt, um sich hier wegen Betrugs und Führung des falschen Namens und Titels zu verantworten. Das Urteil lautete im ersten Falle auf Freispruch, da der Angeklagten auch nicht das Geringste nachgewiesen werden konnte. Im zweiten Falle mußte das Verfahren eingestellt werden, da diese Straftat inzwischen verjährt ist.

Es handelt sich bei der Angeklagten zweifellos um eine ganz gerissene Hochstaplerin, die auch sicher Halle zu ihrem Tätigkeitsfeld gemacht hat. Merkwürdig ist nur, daß es der Kriminalpolizei nicht gelungen ist, hinter ihre Schliche zu kommen. Scheinbar sind in diese Angelegenheit verschiedene bekannte Persönlichkeiten verstrickt, die durch Klärung der Sache kompromittiert würden, denn der Richter erwähnte mehrfach einen Rittergutsbesitzer, der von der Angeklagten um 50 Mk. geschädigt sein soll. Der Name des Ariers wurde jedoch merkwürdigerweise nicht genannt. In bezug auf den falschen Namen gab die Angeklagte an, sich so auf Wunsch ihres Freundes zu nennen, dem dieser Name und Titel gehöre, und als der Richter fragte, wo denn ihr Freund zu finden sei, gab die Angeklagte die Stadt Stockholm (!) an. Sie ist wegen Betrügereien bereits mehrfach, auch erheblich vorbestraft, und es hat den Anschein, daß es sich bei der Angeklagten um eine „feine Freundin" begüterter Lebemänner handelt. Wir gönnen der „Frau Doktor" den Erwerb aus solchen fetten Quellen und bewundern nur, wie man auf Grund eines solch dürftigen Anklagematerials überhaupt einen Prozeß anhängig machte und die Angeklagte hierzu besonders von Berlin nach Halle transportierte. Freilich: die Staatskasse bezahlt ja alles.

Prof. Dr. Grouvens Hautklinik

Saustall, aber nicht Krankenhaus — Seuchenherd, aber nicht Gesundungsstätte — Wollen sich die Krankenkassen das weiter bieten lassen?

Trotzdem sich der „Klassenkampf" sehr oft mit den unglaublichen Zuständen in der Hautklinik des Prof. Grouven beschäftigt hat, werden die Zustände dort nicht besser, sondern immer ärger. Es ist ein Skandal, daß man so etwas als „moderne Klinik" bezeichnet. Wenn man die Zustände von den Kranken geschildert bekommt oder gar Gelegenheit hat, sie mit eigenen Augen zu sehen, dann fragt man sich, wie dieses Institut als eine Einrichtung zur Wiederherstellung der Gesundheit kranker Leute bezeichnet werden, wie der Prof. Grouven es als „Universitätsklinik" ausgeben und vom preußischen Staate einen Zuschuß beziehen kann.

Der Preußische Landtag hat bei der Etatberatung im letzten Sommer beschlossen, die Grouvensche Hautklinik auf den Staat zu übernehmen. Infolgedessen interessierte sich Genosse Kilian als Redner der kommunistischen Landtagsfraktion zum Etat der Unterrichtsverwaltung für den gegenwärtigen Zustand der Klinik. Es besteht der Verdacht, daß bei den Uebernahmeverhandlungen der Regierung Potemkinsche Dörfer vorgezaubert werden, um eine möglichst große Kaufsumme herauszubekommen. Um dies zu verhindern, besucht unser Genosse die Hautklinik und ließ sich von zuverlässigen Patienten das Folgende berichten.

Ueberall starrt es von Schmutz.

In der Abteilung, wo die Kassenpatienten untergebracht sind, herrscht überall entsetzliche Unsauberkeit. Korridore und Stuben werden sehr wenig gewischt. Oftmals scheuern die Patienten selber, weil ihnen der Schmutz zuviel wird. Leib- und Bettwäsche ist dauernd schmutzig. Wenn sie „frisch gewschen" geliefert wird, ist sie fleckig. In den „sauberen" Hemden befinden sich Schmutz- und Blutflecken. Die Hausanzüge sind vielfach zerrissen. Die Leibwäsche muß Freitag früh abgegeben werden. Da „saubere" erst abends ausgegeben wird,

müssen die Patienten den ganzen Tag ohne Hemd und Bettuch auf der Matratze liegen, wenn sie bettlägerig sind.

Wenn sie ausgehen dürfen, müssen sie ohne Hemd losgehen, falls sie über ein eigenes Hemd nicht verfügen.

Die Matratzen starren von Schmutz, sind hart, vielfach zerrissen, Kleiderschränke sind weder außerhalb der Zimmer noch in ihnen vorhanden. Die Zivilkleidung der Patienten hängt infolgedessen als Staubfänger und verschmutzend an den Wänden oder Betten herum. Wollene Schlafdecken wandern von einem Patienten auf den anderen, ohne daß Desinfektion vorgenommen wird. Die Ansteckungsgefahr ist auf diese Weise ungeheuer groß. Für die Verbreitung von Krätze, Filzläusen usw. ist auf diese Weise gut gesorgt.

Wanzen und Schwaben machen sich haufenweise bemerkbar. Sie sind wiederholt sogar im Mittagessen als Fleischersatz anzutreffen gewesen.

Wenn das wahr ist, was Patienten über den Gebrauch des Verbandsmaterials berichteten, kann man nicht anders als vom Verbrechen reden. Zum Beispiel werden die Binden öfter benutzt, sogar bei verschiedenen Kranken. Inzwischen werden sie aber nicht ordentlich gereinigt, wie das notwendig wäre. Man steckt sie in einen Topf, macht sie oberflächlich warm, hängt sie im Waschhaus zum Trocknen auf — wobei manchmal sie zum Stiefelreinigen dienen —, alsdann wirft man sie den Kranken in die Zimmer, wo sie aufgewickelt werden sollen.

Es wird gar nicht danach gefragt, ob die Binden von geschlechts- oder hautkranken Leuten berührt werden.

Als kürzlich ein Patient sich weigerte, ein allzu schmutziges Hemd als „sauberes" anzuziehen, als er sich deswegen beim Inspektor beschwerte, erwiderte der: „Ich zöge es auch nicht an. Aber ich habe kein anderes."

Kohldampfschieben — als Heilmethode?

Ueber das Essen wird sehr geklagt. Mit Recht, denn es werden in der Regel die billigsten und schlechtesten Zutaten verwendet. Morgens gibt es eine braune Flüssigkeit, die man „Kaffee" nennt. Geholt wird er in Eimern, von denen man glauben möchte, sie seien auf einem Kehrichthaufen aufgelesen worden. Morgens gibt es zwei durchsichtig bestrichene Stullen, dann bis zum Mittag nichts weiter. Das Abendbrot besteht manchmal aus Schmalzstullen. Der Bestrich ist aber kein Schmalz, sondern Schweine-, Rind-, Kalb- und Hammelfett, das von Braten und Suppen abgeschöpft wird.

Viele Patienten melden sich vor Hunger gesund. Manchmal sind sie noch gar nicht ausgeheilt.

Krank kommen sie wieder unter andere Menschen. Das Ergebnis ist Fortdauer des Leidens und des Ansteckungsherdes.

Auch über mangelnde ärztliche Fürsorge wird Beschwerde geführt. Der ständige Arzt, Dr. Hampel, erledigt z. B. die Visite durchschnittlich einmal in der Woche stattfindend, auf der Station mit 15 bis 20 Patienten in ungefähr 10 Minuten.

Eine Hausordnung besteht nicht. Trotzdem werden Leute, die in Unkenntnis im Zimmer gerocht haben, einfach aus der Klinik herausgeworfen. Ob die Leute krank oder gesund sind, spielt keine Rolle. Zu welcher Tageszeit man sie auf die Straße setzt, ist gleich. Vor kurzem ereilte dies Schicksal abends in vorgerückter Stunde einen Lauchstädter Schornsteinfeger.

Der Mann saß ohne einen Pfennig Geld auf der Straße und mußte krank zu Fuß nach seiner Heimat laufen.

Die Wärter sollen in keiner Weise klinischen Anforderungen genügen. Der oberste von ihnen, namens Stein, macht Injektionsspritzen, ohne daß er vorher die Körperstelle in vorgeschriebener Weise säuberte. Er wischt hinterher mit nasser Hand über die Injektionsstelle. Es steht fest, daß solcher Eingriff nur vom Arzt oder geprüften Krankenschwestern bzw. -pflegern gemacht werden darf.

Unglaublich, aber wahr!

Eines Abends nahmen vor Hunger fast verzweifelnde Patienten einer Station dem Essenträger einer anderen Station sieben Portionen Abendbrot weg, welche sogleich verzehrt wurden. Trotzdem die Benachteiligten den Vorfall gemeldet hatten, wurde ihnen kein anderes Abendbrot geliefert. Sie mußten hungrig zu Bett gehen. Die „Räuber" aber wurden am anderen Morgen zu fünfstündigem Hunger bis Mittag verurteilt, indem man ihnen das Frühstück vorenthielt.

Das tollste vom Tollen ist die „Sitzbadewanne", in der viele Kranke vom Arzt verordnete Bäder nehmen müssen.

Diese Sitzbadewanne ist ein alter Margarinekübel. Wenn er nicht als Sitzbadewanne dient, nimmt er auf der Station des von den Patienten nicht verzehrte Mittagessen auf. Wenn dann einer ein Sitzbad nehmen muß, muß er erst Linsen, Bohnen, Erbsen, Nudeln oder andere Speisereste ausschütten.

Dieses dreckige, stinkige Gefäß als Sitzbadewanne zu bezeichnen und zu verwenden — so etwas ist nur in einer Privatklinik möglich, wohin Profiteure als Krankenkassenpatienten geschickt werden.

Die Krankenkassenvorstände, in deren Auftrage kranke Menschen in diese Klinik geschickt werden, sollten ernsthaft prüfen, ob sie dies noch verantworten können. Von den hallischen Aerzten aber dürfte man erwarten, daß sie ohne Rücksicht auf Berufs- oder sonstige Beziehungen zu dem Besitzer für die Beseitigung so haarsträubender Mißstände in der Grouvenschen Hautklinik sorgen. Denn sie sind eine Gesundheitsgefahr und ein Skandal.

Wo bleibt überhaupt der hallische Kreisarzt und wo die medizinische Fakultät der Universitätsklinik?

Her mit einem Heim für die proletarische Jugend

Zur selben Zeit, wo Wohlfahrtsministerien und sonstige Behörden dem deutschen Volke den „Weg zu Kraft und Schönheit" aufzuzeigen versuchen, wo kilometerlange Filme gleichen Titels über die Kinoleinwand laufen, in derselben Zeit, wo Regierungsorgane, staatliche und städtische Körperschaften „Volks"-Gesundheitswochen veranstalteten und noch veranstalten, um dem Volke die Schäden schlechter Lebensweise und schädlicher Genüsse zu demonstrieren, wo man sich um das Wohl und Wehe der heranwachsenden deutschen Jugend sorgt, hausen Tausende und aber Tausende Familien der arbeitenden Klasse in elenden Löchern und feuchten Kellern. Just zu derselben Zeit werden die vielen Tausende Jugendlicher, die Anhänger der proletarischen Jugendbewegung, gezwungen, in dunstigen Kneipen und rauchgeschwängerten Lokalen ihre Zusammenkünfte abzuhalten. Die Jugend, welche vor Alkohol und Nikotin bewahrt werden soll, wird in viel zu kleine Räumlichkeiten gepreßt, wird also direkt der Versuchung preisgegeben, sich an den erwähnten schädlichen „Errungenschaften moderner Kultur" zu beteiligen. Die Jugendlichen, denen nach mühseliger Tagesarbeit in der Fabrik, Werkstatt oder im Bureau eine gesunde Stätte zur Erholung und Kräftesammlung notwendig wäre, werden gezwungen, in allen möglichen und unmöglichen Stätten zu hausen.

Wer trägt an solchen Zuständen die Schuld? Nun, es sind doch allerorts Jugendpflegeausschüsse, welche vom Staat ins Leben gerufen und erhalten werden. Ihre Aufgabe ist es doch, den Nöten der Jugend zu steuern, ihr Wohl und Wehe zu überwachen. Weit gefehlt! Ueber den Jugendpflegeausschüssen stehen die städtischen Behörden, steht jeweils der mächtige Magistrat. Gewiß, es geht auch anders. Man kann der Jugend Jugendheime bauen, wo sie nach der Fron des Tages zusammenkommt zu Sport, Spiel und fröhlichem Tun. Es gibt schon viele Städte in Deutschland, wo man diesen Nöten der Jugend Rechnung getragen hat. Berlin, Hamburg und andere Großstädte besitzen große und gesunde Jugendheime. Ja, wir brauchen nicht so weit zu blicken, in unserem Bezirk selbst haben Städte für die Jugend gesorgt: Weißenfels, Zeitz, Merseburg und andere Orte mehr haben ihre Jugendheime. **Nur Halle, deren Stadtverwaltung immer von großstädtischen Plänen träumt, hat trotz Reichsgesundheitswoche, und was der Zauber sonst noch war, nicht einen einzigen Raum in der Stadt, wo ein Platz für die proletarische Jugend wäre.** Der Jugendpflegeausschuß erklärt, machtlos zu sein. Alles hängt ab vom hochwohllöblichen Magistrat, von demselben Magistrat, von denselben Säulen der städtischen Behörden, die einen Berger 5 Millionen verschleudern ließen, ohne mit der Wimper zu zucken.

Der Kampf der proletarischen Jugendorganisationen von Halle währt schon lange Jahre. Erst im Frühjahr dieses Jahres tagte eine große öffentliche Protestkundgebung dieser Organisationen. Einmütig forderte die proletarische Jugend der Stadt Halle ein Jugendheim. Es waren damals auch Vertreter der städtischen Behörden erschienen, um ihre angebliche Ohnmacht den Verhältnissen gegenüber kundzutun. Der Bau eines Jugendheims wäre unmöglich, erklärten sie damals. Es wäre kein Geld für solche Bauten da, und alle möglichen fadenscheinigen Gründe wurden hervorgezerrt. Es wird jedem Hallenser die Erklärung eines der guten Stadtväter Halles von damals in Erinnerung sein, der entgegen einer Forderung auf kostenlose Benutzung des Stadtbades für die erwerbslose Jugend erklärte: „Im alten Rom hätte man ja auch nicht gebadet." Groß war der Unwille der Jugend bei dieser Kundgebung. Inzwischen ist es ruhiger geworden. Viele glaubten, es wäre unmöglich, das Ziel, die Erbauung eines Jugendheimes zu erreichen. Die zum Umbau in ein Jugendheim vorgeschlagene „Bergschule" bleibt weiterhin als Kneipe bestehen zum Wohle des behäbigen Spießers, damit er ja beim Sonntagsspaziergang dort Einkehr halten und seine durstige Kehle ausspülen kann. Und die Jugend ist uns schnuppe, denkt der Magistrat. Einige tausend Mark hätte die Erbauung eines Jugendheims gekostet. Aber die Jugend hat eben keinen Kredit, und man wußte die Millionen besser an den Mann zu bringen. Diese Empörung erfüllt zurzeit Halles Einwohnerschaft ob des Stadtbankskandals. Dort verschleuderte man Millionen — der Bevölkerung aber und insbesondere der Jugend zeigt man die kalte Schulter und erklärt, es sei kein Geld da.

Vor einigen Tagen hat der Magistrat von Halle das von seinen kommunistischen Mitgliedern im Stadtparlament geforderte Arbeitsbeschaffungsprogramm der Oeffentlichkeit unterbreitet, zu dessen Durchführung eine Anleihe von 10 Millionen aufgenommen werden soll. Und wenn die proletarischen Jugendorganisationen Halles nun noch gehofft hatten, in diesem Programm Bereitstellung von Mitteln zum Bau eines Jugendheims zu finden, so haben sie sich wiederum getäuscht. Wohl steht unter der Rubrik: Turn- und Sportwesen die Summe von 500 000 Mark zur Herstellung einer Kampfbahn, einer Tribüne und eines Schwimmbeckens im Stadion sowie für Planierungsarbeiten und neuen Spielplätzen. **Keinen Pfennig aber hat man übrig für ein Jugendheim.** Man hat andere Sorgen. 20 000 Mark hat bewilligt worden zur Wiedererrichtung des Raubritterdenkmals vom Markt. Zur Errichtung eines blödsinnigen kunstlosen Steinhaufens 20 000 Mark! Ist das nicht eine Schande für die Stadt? Für das Geld ein einfaches Haus, den Zwecken der proletarischen Jugend entsprechend, wäre das nicht ein größeres Verdienst um die hallische Jugend?

Die Kommunistische Jugend hat seit Jahren den Kampf für die Errichtung eines Jugendheims mit allen proletarischen Jugendorganisationen Halles gemeinsam geführt. Sie wird in diesem Kampfe nicht ermüden. Fast alle anderen Jugendorganisationen haben Unterkunftsmöglichkeiten, haben Räume, wenn auch ungenügend. Nur die Kommunistische Jugend, die im Kampfe für ein Jugendheim noch immer an der Spitze steht und nichts unversucht gelassen hat, ist nicht im Besitz eines einzigen Zimmers in der ganzen Stadt. Die Hunderte von Lehrlingen und jungen Arbeitern müssen in Restaurants und sonstigen dumpfen Lokalen ihre Zusammenkunft abhalten. Unermüdlich aber wird der Kampf der Kommunistischen Jugend an unserem Orte sein für die Errichtung eines Jugendheims für die gesamte proletarische Jugend von Halle. Die Stadtverordneten aber sollen sich endlich aufraffen und sich energischer einsetzen für die arbeitende Jugend Halles und ihre Interessen; denn sie sind nicht nur für das Wohl der erwachsenen Einwohnerschaft Halles, welche sie zu ihren Vertretern bestimmt hat, da, sondern sie müssen auch für die Jugend sorgen. Immer und unermüdlich aber soll der Ruf der arbeitenden Jugend von Halle erschallen:

Her mit einem Jugendheim!

Frau Frieda Weickardt, geb. Köppe, die Schwester des Flüchtigen Köppe, bittet uns, mitzuteilen, daß sie zwar der Familie Köppe angehört, aber nicht deren politische Auffassung teilt — was wir hiermit gern bekanntgeben.

Proletarische Tribüne. Heute, Montag, abend, pünktlich 8 Uhr Musikübungsstunde. Beginn des Notenunterrichts, restloses Erscheinen wird daher erwartet. Mittwoch: Probe der Bühne.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260920-13/fragment/page=0006

Volksbad und Lustbad

Vom Vorsitzenden des Vereins „Gesundheitspflege", Halle, wird es geschrieben:

Den in der Nr. 215 des „Klassenkampf" vom 13. September 1926 über die städtischen Volksbäder in den Pulverweiden gemachten Ausführungen über die bestehenden Mängel und noch gewünschten Verbesserungen können wir zum großen Teil zustimmen. Nur kann der Verein damit nicht einverstanden erklären, daß sein seit etwa 30 Jahren bestehendes Luft- und Sonnenbad mit zu den Volksbadeanstalten hinzugenommen würde. Das Luft- und Sonnenbad, welches ausschließlich der praktischen Gesundheitspflege dient, ist erst von den Vereinsmitgliedern unter Aufwendung hoher Kosten geschaffen aufgebaut worden. Erst vor etwa drei Jahren hat der Verein über ein Drittel seines Bades zur Vergrößerung der städtischen Freibäder abgetreten und sich bis zum äußersten eingeengt. Das Bad wird von 2000 Vereinsangehörigen, welche aller Volksschichten angehören (Jugendlichen und Erwachsenen) zum Zwecke der Stählung des Körpers und zur Erhaltung der Gesundheit benutzt. Dem Verein gehören ferner eine große Anzahl Schwerkriegsbeschädigte und Amputierte an. Diesen Leuten ist es unmöglich, sich anderen öffentlichen Badeanstalten zu zeigen. Durch einen Verzicht des Luft- und Sonnenbades würde das Weiterbestehen des schon 26 Jahre alten Vereins, welcher bisher als Führer auf dem Gebiete der Volksgesundheit bahnbrechend gewirkt und gearbeitet hat, in Frage gestellt sein.

Die Wasserbäder der Volksbadeanstalt werden von Vereinsmitgliedern reichlich benutzt, ja sie sind die ständigen Gäste auch in den späteren Tagen, wo alle anderen Besucher ausbleiben. Das Luft- und Sonnenbad und den Passendorfer Wiesen wird von Vereinsmitgliedern wohl kaum benutzt, dagegen befinden sich aber sehr oft angebetene Gäste im Vereinsbad. Als tägliche Gäste und genaue Kenner der Verhältnisse im Volksbad sind wir selbst der Meinung des „Klassenkampf", daß erhebliche Verbesserungen unbedingt notwendig sind. Eine größere Notwendigkeit jedoch ist die **Errichtung einer Badeanstalt im Norden der Stadt,** wo der Einwohnerschaft zweitens Badegelegenheit geboten wird.

Dadurch würde auch die Badeanstalt in den Pulverweiden während der heißen Sommertage entlastet und dann würden auch die Größenverhältnisse des bestehenden Volksbades vollauf genügen.

Hallische Tageschronik

Wucherpreise in den Erfrischungshallen der Dawes-Reichsbahn. Es wird geschrieben: Auf dem Bahnsteig I des hallischen Hauptbahnhofes befindet sich ein Verkaufsstand, wo u. a. auch Obst feilgeboten wird. Schreiber dieser Zeilen wollte einige Aepfel kaufen. Auf die Frage nach dem Preise erwiederte die Verkäuferin: **Stück 5 Pfennig.** Dabei waren es ganz minderwertige kleine grüne Aepfel, die man auf dem Markt das ganze Pfund zu 10 Pfennig jeder Zeit haben kann. Als ich die Verkäuferin auf den hohen Preis hinwies: erklärte diese: **Wir dürfen nichts sagen, sonst werden wir herausgeschmissen."** Hat die Reichsbahndirektion den Auftrag für den Wirtschaftsbetrieb so hinaufgeschraubt, daß der Reisende solche Preise nehmen muß? Das reisende Publikum muß energisch gegen diese unerhörte Ueberversteuerung Front machen. Der hallischen Wucherpolizei machen wir den Vorschlag, eine Tätigkeit auch auf den Wirtschaftsbetrieb des hallischen Bahnhofes auszudehnen.

Netzucht. Am 18. September, nachmittags 6¼ Uhr, wurde in einem Strohdiemen auf Flur Büschdorf, in der Nähe der Otto-Kamp-Straße, eine 25jährige Dienstmagd bewußtlos aufgefunden. Sie war völlig entkleidet, ihre Sachen lagen in der Nähe umher und ihre Hände und Füße waren mit je einem ihrer Strümpfe zusammengebunden. Der zuständige Landjäger veranlaßte ihre Ueberführung nach der medizinischen Klinik. Dort erhielt sie sich alsbald und machte folgende Angaben: Sie sei ziellos und habe sich am 17. September, abends 8¼ Uhr, von der Straßenbahn an der Fabrik in Büschdorf nach Diemitz begeben wollen. Auf dem Wege seien zwei junge, anständig gekleidete Männer an sie herangetreten und hätten sie begleiten wollen. Einer habe sie auch umarmt und von da an könne sie sich auf nichts mehr besinnen. Verletzungen hat das Mädchen nicht davongetragen, es dürfte aber ein Geschlechtsverbrechen vorliegen. Die beiden Männer beschreibt das Mädchen wie folgt: Beide seien Mitte der 20er Jahre alt, von mittlerer Größe und mit dunklen Anzügen bekleidet gewesen.

Die Attentatspsychose reizt zum Indianerspiel. Nämlich Schulknaben, welche versuchen, Eisenbahnattentate im kleinen zu fabrizieren. Am 11. September hat ein Schulknabe einen „Angriff" auf einen Eisenbahnzug unternommen, und zwar gegen 12.34 Uhr mittags auf der die Bahnstrecke Halle—Kothbus aus Richtung Schkeuditz kommenden Personenzug 501 bei Bahnhof Koltwitz. Der Schulknabe hat mit Steinen eine Fensterscheibe eines Personenzuges 3. Klasse zertrümmert. Verletzt wurde niemand. Die Reichsbahndirektion Halle, die über den Vorfall Mitteilung erhielt, fügt hinzu, daß Eltern und Schulleiter die Kinder „immer wieder auf die schweren Folgen solcher leichtfertigen Handlungen, durch die Züge und Reisende gefährdet werden", hinweisen müßten. Es wäre unserer Ansicht aber ebenso notwendig, darauf hinzuweisen, daß die Herrn Dorfmüllers Räuberromantik nicht so haushohe Wogen schlägt, wodurch Schulkinder erst zu solchen Eisenbahn„attentaten" angereizt werden.

Warnung vor einer schwindelhaften Sammlung. Dem Amtlichen Preußischen Pressedienst wird vom preußischen Staatskommissar für die Regelung der Wohlfahrtspflege geschrieben: Ein gewisser Ernst Hofmann vertreibt neuerdings, besonders bei Kurgesellungen, Ansichtspostkarten unter dem Vorgeben, daß der Erlös Wohlfahrtszwecken (Kinderheimen) zugute komme. Er pflegt sich ohne Befugnis als Beauftragter des Roten Kreuzes, seit

Der Typhus und seine Ursachen

Von Dr. Richard Fabian

Die Typhusepidemie in Hannover hat gezeigt, in welchem verheerenden Umfange auch heute noch gefährliche Krankheiten in Deutschland wüten können. Nachstehender Artikel zeigt die Ursachen der Typhusseuche und den Weg für ihre erfolgreiche Bekämpfung.

Typhus, nicht zu verwechseln mit Flecktyphus oder Fleckfieber, ist eine Erkrankung, welche den Lymphapparat des Darms, des Bauchfells und der Milz befällt, und daher richtiger als Bauchtyphus bezeichnet wird. Als Ursache ist von Eberth und Koch eine Infektion mit Typhusbazillen festgestellt worden. Durch genaue bakteriologische Methoden lassen sich die Typhusbazillen von anderen Bakterien, die im menschlichen Darm vorkommen, unterscheiden. Die Typhusbazillen sind sehr widerstandsfähig und können lange Zeit, auch unter Sauerstoffabschluß, lebensfähig bleiben.

Von den Typhuskranken erfolgt die Ausscheidung der Bazillen durch den Kot, Harn und den Auswurf. Bei der Ausbreitung der gefährlichen Seuche sind die sogenannten „Bazillenträger" von größter Wichtigkeit. Typhuskranke können noch jahrelang in ihren Ausscheidungen Bazillen enthalten, obschon sonst keine krankhaften Erscheinungen mehr festzustellen sind. In gleicher Weise können auch völlig Gesunde in Gegenden, wo Typhus herrscht, Typhusbazillen in ihrem Körper beherbergen, ohne daß die Erkrankung zum Ausbruch kommt. Im Blute haben sich Schutzstoffe gebildet, die den Giften (Toxinen) der Typhusbazillen Widerstand leisten und sie unschädlich machen.

Es gibt nun zwei Wege, auf denen die Typhusbazillen in den menschlichen Körper gelangen können. Zunächst durch die Berührung mit deren Ausscheidungsstoffen der Kranken (Kontakt-Infektion). Es können kleinste Teilchen der Ausscheidungen sich an den Händen von Gesunden festsetzen und dann bei der Nahrungsaufnahme in den Verdauungskanal gelangen. Auch der Staub in dunklen, engen, dicht belegten Wohnungen kann lange Zeit die Typhusbazillen lebensfähig erhalten und damit eine Quelle für neue Ansteckungen werden.

Der zweite Weg ist die alimentäre Typhusinfektion. Hier erfolgt die Ansteckung durch Nahrungsmittel, die lebensfähige Typhusbazillen enthalten. Sehr häufig handelt es sich hier um Wasserinfektionen. Unachtsamerweise hat man Abgänge von Typhuskranken in Bäche oder Flüsse geschüttet, deren Wasser später zum Trinken benutzt wird. Es kann auch das Grundwasser von Aborten durch das Erdreich in nahe gelegene Sodbrunnen hineindringen und deren Wasser Typhusbazillen beimischen.

Nicht selten werden Typhusinfektionen durch die Milch hervorgerufen. Typisch für solche Milchtyphusinfektionen ist es, daß meistens nur wenige Häuser oder Straßen befallen werden, deren Einwohner von dem gleichen Milchhändler die Milch gekauft haben. Bei den Wasserinfektionen, so auch bei dem Riklinger Werk in Hannover, bricht die Epidemie fast explosionsartig aus und nimmt meistens einen viel größeren Umfang an.

Um wirklich die Gefahren der regelmäßig wiederkehrenden Typhusepidemien zu beseitigen, sind großzügige staatliche Maßnahmen nötig, wie sie auch in dem im Landtag eingebrachten kommunistischen Antrage gefordert werden.

Für jeden Ort müssen eine gute Wasserversorgung und Kanalisation oder Abfuhr der Abfallstoffe geschaffen werden. Regelmäßige bakteriologische Untersuchungen des Leitungswassers, Schaffung von hellen und gesunden Wohnungen. Hebung der gesamten wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung, da schlecht genährte Menschen der Infektion viel schneller anheimfallen als solche, die in geordneten Verhältnissen leben. Bazillenträger müssen von Geschäften ausgeschlossen werden, die dem Nahrungsmittelverkauf dienen, z. B. Milchhandel, Bäckerei, Schlächterei und Gemüsehandel.

Neben diesen großen staatlichen Maßnahmen ist für eine Isolierung der Kranken zu sorgen. Desinfektion aller Abgänge und aller Gegenstände, die mit den Kranken in Berührung gekommen sind. Vornahme einer unentgeltlichen Schutzimpfung aller Personen, die in einer Typhusgegend wohnen, um nach Möglichkeit den Ausbruch der Krankheit zu verhüten oder den Verlauf günstiger zu beeinflussen.

kurzem auch der Kinderheilstätte Haus Ottilie in Bad Lippspringe aufzutreten. Die erforderliche Vertriebsgenehmigung ist Hofmann nicht erteilt. Es besteht der dringende Verdacht, daß es sich um ein unlauteres Unternehmen handelt. Gegen Hofmann, der bereits vor kurzem wegen unerlaubten Sammelns gerichtlich bestraft worden ist, ist ein erneutes Strafverfahren eingeleitet. Vor einer Unterstützung der Werbetätigkeit Hofmanns wird gewarnt.

Glück gehabt. Am 18. September gegen 12.40 Uhr nachmittags lief an der Ecke Wettiner-Händelstraße ein unbeaufsichtigter 3 Jahre alter Knabe gegen einen in Fahrt befindlichen Geschäftskraftwagen. Das Kind kam zu Fall und unter den Kraftwagen zu liegen, wobei es sich leichtere Verletzungen zuzog.

Neues vom Tage

Schwere Unwetterkatastrophe in Florida

Durch einen Orkan, der am Sonnabend mit furchtbarer Gewalt über der Küste von Südflorida wütete, wurden 2000 Häuser zerstört. Hunderte von Menschen wurden getötet. Die Stadt Miami Beach wurde unter Wasser gesetzt. Die Licht- und Kraftversorgung wurde durch den Orkan, der eine Geschwindigkeit von 90 Meilen in der Stunde hatte, unterbrochen.

Hierzu liegen noch folgende Meldungen vor:

(WTB.) **Tampa** (Florida). In den Orten Clewiston und Moorehaven, die nur noch Trümmerhaufen sind, hat der Orkan 140 Menschen getötet. — In Miami und Miami Beach hat die Unwetterkatastrophe nach den bisherigen Feststellungen 87 Todesopfer gefordert.

(WTB.) **Neunork.** „Associated Preß" erhielt von dem Dampfer „Siboney" einen Funkspruch, worin der durch den Orkan in Miami angerichtete Schaden auf 100 Millionen Dollars angegeben wird. Der Orkan sei am Sonnabendnachmittag aus nordwestlicher Richtung gekommen und habe sich dann nach Süden gedreht. In einer Stunde seien 20 mehrstöckige Gebäude zerstört und viele Schiffe weit landeinwärts geschleudert worden. Die Straßen nach Miami seien kaum passierbar. In Miami selbst seien sie mit herabgestürzten Dächern bedeckt. Kein Gebäude sei unbeschädigt geblieben.

Wolkenbruch in Nebraska

(WTB.) **Chicago.** Durch einen schweren Wolkenbruch wurden 30 000 Acker fruchtbaren Landes in Nordwest-Nebraska überschwemmt. Die Ernte wurde vernichtet. Der entstandene Schaden wird auf 2 Millionen Dollars geschätzt.

Massenerkrankungen im Kinderheim Buch

In der städtischen Kinderheilanstalt in Buch bei Berlin sind im Laufe der letzten drei Tage etwa 70 Kinder unter Vergiftungserscheinungen erkrankt. Anscheinend liegt **Vergiftung durch Nahrungsmittel vor.** Ob es sich um reine Fleischvergiftungen handelt, läßt sich auf Grund der bisherigen Untersuchungen noch nicht mit Bestimmtheit sagen.

Paratyphus in Herne

Im Amte Sodingen sind am Sonnabend und Sonntag 54 Personen unter paratyphusartigen Erscheinungen nach dem Genuß von Hackfleisch erkrankt und in die Krankenhäuser von Herne und Sodingen eingeliefert worden.

Güterzüge durch die Luft

Die amerikanische Flugzeugindustrie ist zurzeit mit der Ausarbeitung eines großzügigen Planes beschäftigt, der den Güterverkehr nutzbar machen und an die Stelle der Eisenbahn treten lassen will. Kürzlich hat eine Unterredung stattgefunden, in der Vertreter der Industrie diesen Plan der Umwandlung des Güterverkehrs ausführlich erläuterten. Man redet der Serienfabrikation von Metallflugzeugen das Wort, weil diese allein für den beabsichtigten Zweck praktisch in Betracht kommen können. Man hält es für möglich, einen solchen Apparat für 38 000 Dollars herstellen zu können, was einer Kostenverminderung von 25 Prozent gleichkommt, wenn das System der Serienkonstruktion in Hunderten von Apparaten praktisch eingeführt wird. Ein Flugzeug dieses Typs, der mit drei Motoren ausgerüstet ist, würde danach imstande sein, eine Tonne Güter zu befördern, und man könnte damit rechnen, daß viele Großbetriebe den Transport der Güter durch die Luft dem auf der Eisenbahn vorziehen werden.

Kampf mit einem Wahnsinnigen im Schacht

Aus Breslau wird gemeldet: In der Botiengrube im Bergrevier Orlovo Lazy verfiel ein Häuer während der Arbeit plötzlich in Wahnsinn. Er drang mit der Hacke auf seine beiden Arbeitskollegen ein und tötete den einen auf der Stelle, während er den anderen so schwer verletzte, daß dieser noch im Schacht verstarb. In dem engen Stollen entspann sich nun, als man den Wahnsinnigen zu überwältigen versuchte, ein furchtbarer Kampf, in dessen Verlauf der Wahnsinnige selbst und mehrere Arbeiter schwere Verletzungen davontrugen, bis es endlich gelang, den Wahnsinnigen aus der Grube zu befördern.

Kaberett Rakete, Kl. Ulrichstraße. Die Saison 1926/27 ist mit dem 16. d. M. mit einem überaus reichhaltigen Programm eröffnet worden. Die einleitenden Worte sprickt allabendlich Erna Martin. Wer unseren letzten Herbstmarkt besucht und an dem gemütlichen Stande verweilt hat, nachdem er Martin gehört, sagen: „Leiferts Dokat ist in der Rakete." — Helene Zander als Vortragskünstlerin erzeugt mit ihrem Repertoire Stimmung. Es wäre jedoch wünschenswert, wenn es einen modernen Anstrich erhielt. Ihr „Mädchenbrief" ist hiermit besonders gemeint. — Ein ganz vorzüglicher Herrenmeister ist Heinz Gittdr, dessen Trick nicht nur Heiterkeit, sondern auch Staunen hervorrufen. — Das Karima-Ballett (8 Girls) bringt neben ihren Tänzen zum Schluß verschiedene Skipiruen. — Die 5 Ukhakofs, russische Balalaika-Instrumentalisten, sind den „Rakete"-Besuchern von ihrem ersten Gastspiel von 1924 in Erinnerung. Diese Russen gehören zu jenen „Zarengetreuen", die mit Ausbruch der Revolution Rußland verlassen haben, und auf den verschiedenen Gebieten nunmehr arbeiten. Es ist ja bekannt, daß von diesen Truppen viele wieder in ihre Heimat zurückgekehrt sind, weil ihre Feststellungen ergeben haben, daß es sich in Rußland, was seit 1917 die Sowjets herrschen, besser leben läßt, als ehedem. Selbstverständlich gibt es noch genügend Russen, die es ablehnen, sich über das neue Rußland zu orientieren und erwähnte Unwahrheiten über ihre Heimat vertreten. Es entzieht sich unserer Kenntnis, ob die 5 Ukhakofs zu jener Sorte gehören. Die Tatsache aber, daß sie fast seit einem Jahrzehnt im Auslande tätig sind, läßt diese Annahme zu. Was ihr Können als Instrumentalisten wie Sänger anbelangt, ist zu sagen, daß es vorzüglich ist. Der stürmische Beifall wird ihnen daher allabendlich zuteil. — Das beliebteste Künstlertrio Köhner, Klemmer, Thale, das durch die 5 Ukhakofs Konkurrenz erhalten hat, sollte die Pause ausnützen, um sie „interessierter" zu gestalten.

Verantwortlich: Max Lademann, Halle a. d. S., für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: J. V.: M. Barnack, Halle, Lerchenfeldstr. 14.

Postbezieher!

Die Bestellung muß bis zum 25. d. M. für Oktober erfolgen, da sich sonst der Bezugspreis erhöht.

Der Verlag.

Verdi: Aida

Erstaufführung im Stadttheater

Es wäre interessant, zu erfahren, was Herrn Band veranlassen konnte, Aida in seinen Spielplan aufzunehmen. Wahrscheinlich die Unmanuit von so viel Liebe. Niemals konnten die Verhältnisse für ungünstiger sein, und es gehörte wenig dazu, das völlige Fiasko vorauszusehen, das die Aufführung bedeutete. Zunächst waren die Voraussetzungen für einen Erfolg in Herrn Band lebhaft, die Geste mangelt, in der sich diese innerlich dekorative Musik bewegt, und der den schönen Schwung der musikalischen Figuren, der Ausdrucksvoll nur in der reinen Zeichnung beschwingter Kurven deutlich gefühlvoll unterlegte. Es gab ganze Partien, besonders in der ersten Hälfte des Abends, in denen sich eine wahre Hilflosigkeit der Aufgabe gegenüber verriet, in denen das Orchester ganz und ungeführt wirkte und jeder Zusammenhalt mit der Stimme von der Bühne her fehlte. Und was hörte man von der Stimme! Der geistige Gehalt der Oper ist gering, das formale groß. Es will von keinem Musizieren und Singen getragen sein; sie klingt stimmlicher und technische Vollendung und wirkt dann wohlvoll und zart, niemals tief, aber hinreißend festlich. Sich längerischen Kräften an diese Aufgabe zu wagen, wie sie die Hohe Gesicht des Herrn Band verdankt, beweist doppelte Kurzsichtigkeit. Vergreift man sich schon so beispielsloses beim Engagement, so sollte einen der bloße Trieb der Selbsterhaltung zu führen, ökonomisch mit dem Material umzugehen, das man selbst gewählt hat, und den Fehlgriff nicht noch dadurch bestätigen, daß man Aufgaben wählt, in denen die Unzulänglichkeit des Materials doppelt spürbar wird.

Aber das hieße freilich eine Umsicht und Dispositionsgabe zeigen, über Herr Band nicht besitzt. Er hat schöne Gaben zu einem zweiten Kapellmeister; das Gebiet, das er musikalisch und geistig umfaßt, ist klein, aber darauf ist es sauber, anständig und in diesem seinen Sinne auch durchaus von einer gewissen Vollendung. Aufführungen, denen ihn noch Zukunftshoffnungen und die Erwartungen der neuen Aufgaben beschwingten, beweisen das. Der Umfang der Aufführungen, die man mit dem bombastischen und von der Großmannssucht unseres Provinzstädtchens zeugenden Titel „Generalmusikdirektor" dekoriert hat, geht weit über seine Fähigkeiten. Aber man brauchte ja feinerzeit einen Träger für diesen Titel so rasch wie einen Stadtbandirektor und mußte das ganze Gesicht und den ganzen Takt unserer Verwaltung spielen lassen, um sich eine vielfach überlegene Kraft entgehen zu lassen, die man schon an der Hand hatte.

Es gab in dieser Aida-Aufführung Augenblicke, in denen einen nur die Neugier, bei welchem Niveau sie schließlich landen würde, davon abhielt, nach Hause zu gehen. Ein Lichtblick, daß man zwei Vertretungsgäste aus Leipzig gebraucht hatte. Nicht als ob ihre Leistungen hervorragend gewesen wären — aber es lag doch in ihrer ganzen Haltung etwas von Erziehung und Bewußtheit, wie es keine von unseren Kräften hat; dasjenige, was die Atmosphäre des Ganzen, dem der Sänger angehört, gibt. Die Bühnenbilder arbeiteten mit knalligen Theaterlichteffekten und verstimmten durch den Mangel an Raumgefühl, den sie verrieten. Wann wird man auf den Gedanken kommen, daß die Organisation des Bühnenbildes eine räumliche, plastische und malerische Aufgabe ist, die nicht ohne weiteres im Begabungsbereich eines Bühnenmitgliedes liegt?

L.

Siebenschläfer

Vom Siebenschläfer reden viele, aber wer hat ihn je gesehen und wer weiß, was dieser Name überhaupt für eine Bewandtnis hat? Im Zoologischen Garten kann man den Siebenschläfer und seine Verwandten jetzt kennenlernen. In neuen Käfigen, dort, wo die Eichhörnchen und Marder hausen, werden jetzt Siebenschläfer, Haselmäuse und Baumschläfer gezeigt. Diese kleinen Nager mit ihren weichen wolligen Fellchen und den hübschen dunklen Augen stehen verwandtschaftlich zwischen den Mäusen und Eichhörnchen. Diese Eingruppierung in das System des Tierreichs leuchtet auch jedem ohne weiteres ein. Denn sowohl im Körperbau wie in der Lebensweise haben sie so ziemlich gleichmäßig von beiden nächst verwandten Tiergruppen etwas übernommen. Es sind alles Bewohner der Bäume und vor allen Dingen des Buschwerks. In Hecken, im Unterholz, in Obstgärten leben die Schläfer vornehmlich. Als Nahrung suchen sie sich dort Sämereien, Früchte, Knospen und Rinde und gelegentlich auch Insekten, selbst Vogeleier und Jungvögel. Die größeren Arten, Siebenschläfer und der — gegenwärtig hier nicht vertretene — Gartenschläfer, können dort, wo sie häufig vorkommen, z. B. in Westdeutschland und Frankreich, in Obstgärten ganz bedeutenden Schaden anrichten. Wenn man das Leben dieser Schlafmäuse oder Bilche beobachten will, muß man ihnen in der Abenddämmerung auflauern. Dann huschen sie leise und wie kleine Nachtgespenster in den Zweigen umher und verraten sich vor allen Dingen durch ihr Knabbern und durch das Herabwerfen der angefressenen Früchte. Die niedlichste der ganzen Gruppe und überhaupt eins der reizendsten kleinen Säugetiere ist die gelbrote Haselmaus. Die Tierchen sind eigentlich von vornherein zahm, so daß sie sich für die Gefangenschaft sehr gut eignen.

In Deutschland fehlen die Schlafmäuse im allgemeinen im Norden und Nordosten, am häufigsten sind sie im mittleren und südwestlichen Teil. Gerade im Gebiet der mittel- und westdeutschen Mittelgebirge sind Haselmaus, Garten- und Siebenschläfer stellenweise recht häufig. Die Tierchen selbst beobachtet man draußen, wenn man nicht gerade darauf ausgeht nicht leicht. Ihre Anwesenheit verrät sich am meisten durch die Nester. Es sind nämlich ausgezeichnete Baukünstler. Aus Blättern und Zweigen flechten sie im Buschwerk, auch tiefer unten in Brombeerranken und Kraut ein rundes kunstvolles Nestchen mit seitlichem Eingang, das innen schön weich gepolstert ist. Dort verschlafen sie den Tag und die kalte Jahreszeit. Bei ungünstiger Witterung kann der Schlaf wirklich vom Oktober bis April anhalten, so daß der Name Siebenschläfer getreffertigt ist. Im Herbst treffen sich die Schlafmäuse einen gründlichen Fettvorrat an, was ihnen bei ihrer Ernährung von Früchten und Baumsamen, die um diese Jahreszeit am meisten zu finden sind, leicht fällt. Und von diesem Fettvorrat erhält sich der Körper bei sehr herabgesetzter Herz- und Atmungstätigkeit den Winter über. Wie Kugeln zusammengerollt liegen die kleinen Schläfer fast ganz starr, bis sie die Frühlingssonne wieder erweckt.

Stadttheater. Heute, Montag, abend 8 Uhr: 1. Sinfoniekonzert (Beethovenabend); Dienstag zum letztenmal „Juarez und Maximilian"; Mittwoch „Der Freischütz".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260920-13/fragment/page=0007

Arbeiter-Sport

Grüße der Roten Sportinternationale

zur Einweihung der Bundesschule in Leipzig

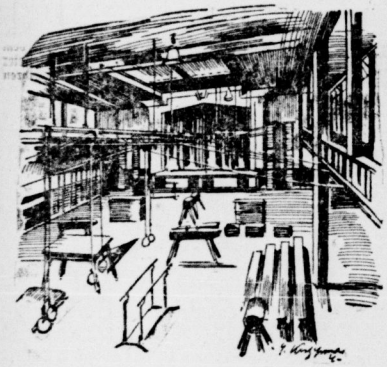
(Eig. Drahtm.) Moskau, 16. September.

Brüderliche revolutionäre Grüße entbietet zur Einweihung Eurer Turn- und Sportschule allen Arbeiterturnern und -sportlern. In Moskau starteten heute, Donnerstag, mittags 2.05 Uhr, drei Motorradfahrer über Brest-Litowsk—Warschau—Kalisch—Breslau—Dresden—Leipzig. Sie überbringen Fahne und Widmungsadresse der russischen Sportler zur Bundesschuleinweihung.

Sport-Internationale.

Die ideelle Bedeutung der Arbeiter-Turn- und Sportschule

Erst 33 Jahre nach der Gründung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes ist es möglich geworden, ein eigenes Lehrerbildungsinstitut im Betrieb zu nehmen. Schon gleich nach der Gründung des Bundes 1893 gingen die „Techniker" daran, in eigener Weise System, Methode und Uebungssprache zu vereinheitlichen und zu verbessern. Damals herrschte in methodischer und sprachlicher Beziehung ein tolles Durcheinander in den Dingen der Leibesübung. Jeder der damals tonangebenden bürgerlichen Turnlehrer hatte sein eigenes Turnbuch mit eigener Methode und eigener Uebungsbezeichnung. 1898 fand der erste Bundeslehrgang des Arbeiter-Turner-Bundes Gera statt, der bahnbrechende Arbeit geleistet hat und von dem aus sich die technische Sonderstellung gegenüber der Deutschen Turnerschaft immer deutlicher entwickelte. Während die Deutsche Turnerschaft noch lange Jahre um Einheitlichkeit in der Uebungssprache mit ihren „Größen" rang, hatten die Arbeiterturner in aller Stille das erste Lehrbuch, den „Ratgeber für angehende Vorturner", fertiggestellt, mit dessen Erscheinen eine neue Epoche in der technischen Entwicklung des Bundes begann. 1908, 1910, 1912 und 1914 wurden die Freisturnwarte zu praktischer theoretischer Durchbildung zusammenberufen. Diese „Bundeskurse" bedeuteten damals außerordentlich viel. Man begann bereits über den rein technischen Rahmen hinaus auch alle Möglichkeiten zu prüfen, wie die Techniker und Jugendführer neben und mit ihrer rein technischen Tätigkeit auch die ideellen Ziele der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung pflegen können. Man hatte ganz richtig schon damals erkannt, daß der bloße Name der Arbeiter-Sportler und allein die Absonderung von den Bürgerlichen zwecklos ist, wenn damit nicht die geistige Beeinflussung im sozialistischen Sinne einhergeht. Und wer hätte da besser auf die Jugend einwirken können als die Vorturner und Uebungsleiter? Sie, die die Jugend um sich scharten, sie hatten tausend Möglichkeiten, die Jugend für den Sozialismus zu gewinnen. Das wußten die Feinde der Arbeiter-



Der Uebungssaal mit Bühne

Sportbewegung ganz genau. Darum bekämpften sie ja auch die Arbeiter-Turner aufs heftigste. Das war bitter für die Betroffenen, aber der Sache hat es genützt. Es gab keine verwässerten Ziele und keine gemeinsamen Veranstaltungen. Man sah die klare Linie: Hier Arbeitersport, der dem Sozialismus die Bahn bereiten will, und dort bürgerlicher Sport, der dem Nationalismus dient.

Und das muß auch heute noch nach wie vor Geltung haben. Der Kampf gegen die Arbeiter-Sportbewegung hat nicht nachgelassen, wenn man auch die Arbeiter-Sportler teilnehmen ließ an staatlichen Lehrgängen, Plätze und Uebungshallen zur Verfügung stellte und finanzielle Beihilfe gewährte. Die neuen Massen, die dem Arbeitersport zugeströmt sind, sie müssen für das hohe Ziel des Arbeitersportes gewonnen werden, müssen Kämpfer dafür werden. Bei all dem regen Turn- und Sportbetrieb, bei all den Wettkämpfen darf die **eigentliche Idee des Arbeitersportes** nicht zu kurz kommen. Die Uebungsleiter vergessen das heute sehr oft. Wenn der Uebungsleiter nicht im sozialistischen Geiste erzogen wurde, dann kann er auch andere nicht sozialistisch beeinflussen. Und aus alledem ergibt sich die Notwendigkeit, daß unsere Bundesschule Uebungsleiter herausbildet, die neben technischer Tüchtigkeit auch wissen, daß sie als Arbeiter-Sportler für den Sieg des Sozialismus tätig sein müssen.

So wie die bürgerlichen Verbände in konsequenter Weise dem Monarchismus die Wege bereiten, gerade so müssen wir für den Sozialismus tätig sein. Darin liegt die ideelle Bedeutung unserer Bundesschule. Erst wenn die neue sozialistische Gesellschaft Wahrheit geworden ist, dann werden wir Zeit genug haben, Leibesübungen schon am Tage in Luft und Sonne zu treiben. Erst dann werden die notwendigen Uebungsplätze da sein und erst dann sind auch Wohnungs- und Ernährungsfragen restlos gelöst. Und seht, darum müssen eben Arbeiter-Sportler auch sozialistische Aufklärungsarbeit leisten.

600 000 Arbeiter-Sportler! Das muß gleichbedeutend sein mit 600 000 proletarischen Klassenkämpfern!

Minerva-Platz **Minerva-Platz**

Sonntag, den 26. September, Handball-Großkampftag

Leipzig — Halle

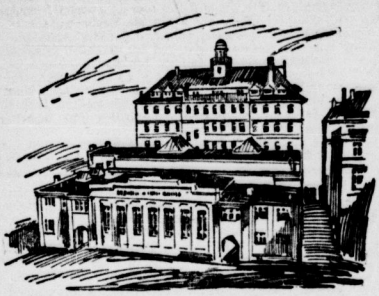
(Städtemannschaften)

2 Uhr Sportlerinnen **3 Uhr Sportler**

Eintrittspreise: Erwachsene 50 Pf., Jugend und Erwerbslose 20 Pf.

Die Kosten des Baues der Bundesschule

Die Lehrschule erfordert nach endgültiger Fertigstellung 1,25 Millionen Mark. An die Reichsregierung sowie alle Landesregierungen und an die Städte sind Anträge auf finanzielle Unterstützung gestellt worden, mit dem Ergebnis, daß Sachsen 130 000 Mark, Anhalt 2000 Mark, Hamburg 3000 Mark bewilligten. Preußen lehnte es grundsätzlich ab, einen Beitrag zu leisten, weil es als Schulhoheit in Sachsen nicht zuständig sei. Und das Reich, das durch den Reichstag für den Bau des Sportforums des bürger-



Die Rückansicht der neuen Bundesschule

lichen Reichsausschusses für Leibesübungen schon vor Inangriffnahme des Baues 1 Million Mark bewilligte, hat für die Arbeiter-Turnlehrschule nichts übrig. Leipzig gab von den Städten 60 000 Mk., Berlin 20 000 Mark, einige Städte 500, 100 und 50 Mark. Der größte Teil der Mittel für den Bau ist aber bis jetzt von der Organisation selbst aufgebracht worden. Ein deutlicher Beweis für die Solidarität und den Opfersinn der Arbeiter-Sportler.

Der Bundesschullauf durch Halle

Gestern vormittag waren die Sportler emsig bemüht, den Bundesschullauf zum Erfolg zu verhelfen. Immerzu radelten die Ordner umher und stellten die Läufer auf. Die Organisierung klappte vorzüglich. Pünktlich 12.58 Uhr lief die Stafette auf dem Marktplatz ein. Sportgenosse Damm hielt hier eine Ansprache, in der er auf die neue Sportschule in Leipzig verwies und deren Einrichtungen und den Zweck derselben erläuterte. Dann wurden die in der Stafettenrolle enthaltenen Dokumente und Grüße verlesen. 1.10 Uhr erfolgte der Startschuß und der Lauf nahm seinen Fortgang.

In Leipzig

liefen die Stafetten auf dem Vorwärts-Südplatz pünktlich ein. Zehntausende begrüßten die Läufer.

Fußball

Quer durch den 6. Bezirk

Bei herrlichstem Wetter fanden am 19. September sämtliche Spiele der 1. Klasse statt. Selbige sind zum großen Teil laut der Vorschau ausgefallen. Crölmitz 1. weilte bei Fichte und konnte nur knapp 4:3 gewinnen. Durch diesen Sieg stellten die Kleeblätter die Gruppenmeisterschaft sicher. In Lettin mußte sich Giebichenstein eine 2:0-Niederlage gefallen lassen. Teutonia 1. und Ammendorf 1. begnügten sich je mit einem Punkt und trennten sich 0:0. Fortuna Dölau setzte seinen Siegeszug fort und schickte WSV. Trotha mit 3:1 geschlagen heim. Einen heißen Kampf gab es auf dem Sandanger. Minerva Punkte gebrauchend, knüpften Sportbruder mit 3:2 Kleeblättern ab. In Teutitz war Arkania 1. in Front, durch einen 2:1-Sieg über Sportlust 1. brachten die Kleeblätter zwei wertvolle Punkte unter Dach und Fach.

Mörmitz, Teicha und Zörbig hielten es nicht für nötig, Berichte einzusenden.

Tabelle der Serienspiele 1. Klasse

Verein	Spiele	gew.	unentsch.	verl.	Tore	Punkte
1. Gruppe						
Fortuna	8	6	2	—	26 : 4	14 : 2
WSV.	7	5	—	2	20 : 7	10 : 4
Teutonia	8	3	2	3	15 : 17	8 : 8
Fichte, Ammendorf	8	1	4	3	11 : 14	6 : 10
Mörmitz	7	2	—	5	4 : 23	4 : 10
Trotha	8	1	2	5	14 : 25	4 : 12
2. Gruppe						
Crölmitz	8	7	—	1	34 : 12	14 : 2
Gröbers †)	7	2	2	3	14 : 10	6 : 8
Teicha	7	2	2	3	14 : 18	6 : 8
Lettin †)	8	2	2	3	15 : 19	6 : 8
Fichte, Halle	8	2	2	4	14 : 23	6 : 10
Giebichenstein	8	3	—	5	9 : 18	6 : 10
3. Gruppe						
Viktoria	8	7	—	1	24 : 12	14 : 2
Zörbig †)	8	5	1	2	21 : 18	11 : 5
Arkania, Kleeblatt †)	9	5	1	3	20 : 15	11 : 7
Sportbrüder	8	3	2	3	9 : 10	8 : 8
Sportlust	7	1	2	4	10 : 14	4 : 10
Bruckdorf	7	1	1	5	10 : 17	3 : 11
Minerva	9	1	1	6	17 : 25	3 : 13

†) Schwebender Protest.

Crölmitz 1. — Fichte 1. 4:3 (1:3)

Um 4 Uhr pfeift der nicht immer Einwandfreie das Spiel an. Der Kampf wogt auf und ab. Mit schwacher Ueberlegenheit ergiebt Fichte drei Tore, während die Rothosen bis zur Halbzeit ein Tor erzielen können.

Nachdem eine Viertelstunde vor Schluß der Torwart von Crölmitz das Spielfeld verlassen muß, übernimmt Crölmitz die Führung und hält das Resultat auf 4:3. Mit diesem Sieg stellen die Rothosen den Sieg in ihrer Gruppe sicher.

Fortuna 1. — Trotha 1. 3:1 (Ecken 11:1)

Beide Mannschaften lieferten unter der Leitung des Sportgenossen Ballschuh ein gutes Spiel. F. ging mit 1:0 in Führung, doch konnte Tr. bis Halbzeit den Ausgleich erzielen. Nach Anpfiff legte F. ein mörderliches Tempo vor, dem Tr. nur durch eine vielbeinige Verteidigung ein wenig Widerstand entgegensetzen konnte. Der gute Torwächter der Gäste konnte es nicht verhindern, daß F. noch zwei weitere Treffer buchen konnte.

Einen einbrudsvollen Sieg errang F. 2. — Diemitz 1. mit 7:1. Hier war F. die stets tonangebende Partei. Der Besiegte vieler erklassigen Mannschaften mußte hier den in guter Form spielenden Dölauern die Punkte überlassen.

Fortuna 3. — Diemitz 2. 1:5.
Fortuna 1. Jugend (8 Mann) — Trotha 1. Jugend 0:2.

Die Spiele der unteren Klassen ergaben folgende Resultate:

Fortuna 3. — Diemitz 2. 1:5.
Teutonia 2. — Ammendorf 2. 1:6.
Lettin 2. — Giebichenstein 2. 2:0.
Minerva 2. — Mörmitz 2. 1:3.
Crölmitz 2. — Fichte 2. 3:1 (2:0).
Fortuna 2. — Diemitz 1. 7:1!!!
Lettin 3. — Crölmitz 3. 0:3.
Minerva 3. — Sportlust 3. 10:0!!!
Crölmitz 3. — Lettin 3. 3:0.
Viktoria 3. — Dieskau 1. 6:4 (3:2)
Sportlust 1. Jugend — Ammendorf 1. Jugend 1:1.
Crölmitz 1. Jugend — Giebichenstein 3. 3:2 (2:0).
Viktoria 1. Jugend — Minerva 1. Jugend 4:0 (1:0).
Fichte 1. Jugend — ASC. 1. Jugend 0:4.
Fichte 2. Jugend — Fortuna Dölau 7:0.
Viktoria 2. Jugend — Crölmitz 2. Jugend 2:2 (0:1).
Sportlust 2. Jugend — Bruckdorf 1. Jugend 1:1.

Handball

Städte-Handballspiel Leipzig — Halle

Am Sonntag, dem 26. September, stehen sich beide Mannschaften auf dem Minerva-Platz (neben dem Stadion) gegenüber. Beide Mannschaften mit bürgerlicher Vertretung und internationalen Spielern. Leipzig konnte voriges Jahr die Bundesmeisterschaft und den Olympiameister an seine Stadt heften und mußte in Leipzig von Halle knapp mit 3:2 geschlagen bekennen. Beide Mannschaften verfügen über einen durchschlagskräftigen Sturm und gute hintermannschaft, so daß eine Voraussage vollständig offen bleibt. Für ein Spiel hochwertiger Klasse bürgen die Namen Leipzig und Halle als Handball-Hochburgen. Das Spiel der Sportler beginnt um 3 Uhr, das der Sportlerinnen um 2 Uhr. Die werktätige Arbeiterschaft hat an diesem Tage Gelegenheit, sich von der Leistungsfähigkeit des Arbeitersportes zu überzeugen und ihre Zugehörigkeit zum Arbeitersport durch einen Massenbesuch zum Ausdruck zu bringen.

Auf zum Handball-Großkampftag nach dem Minerva-Platz!

Othello 1. — Minerva 1. 8:2 (3:1)

Obige Mannschaften treten voll an. Es entwickelt sich sofort ein lebhaftes Spiel, doch kann O. schon nach zwei Minuten durch den Mittelstürmer das erste Tor einsenden; M. gleicht aber sofort aus. Man merkt beiden Mannschaften an, daß sie auf Sieg spielen. O. kann bis Halbzeit durch Rechtsaußen noch zwei weitere Tore erzielen. Nach Halbzeit macht sich eine Ueberlegenheit O. bemerkbar und kann bis zum Schluß noch fünf Erfolge für sich buchen. M. spielt etwas zerfahren und kann nur noch ein Tor erzielen. Von M. wird ein Spieler rausgestellt und der Torwächter verläßt selbst das Spielfeld.

ASC. 1. — Crölmitz 2. 0:0.
Othello 1. — Minerva 1. 8:2 (3:1).
Teutonia 1. — WSV. Crölmitz 1. 1:1.
„Frisch auf" Rietleben 1. — Achilles 1. 5:1.
Fichte 2. — Turnverein Dölau 1. 1:1.
ASC. 2. — Bennitzdorf 1. 9:1 (5:0).
„Frisch auf" Rietleben 2. — WSV. Crölmitz 3. 6:0.
Othello 2. — Diemitz 1. 3:7.
Fichte 1. Jugend — Gröbers 1. Jugend 15:0.
Fichte 1. Schüler — Dölau 1. Schüler 2:0.
ASC. 1. Schüler — Minerva 1. Schüler 0:3.
Othello 1. Schüler — Giebichenstein 1. Schüler 2:0.
ASC. 2. Schüler — Minerva 2. Schüler 0:0.
Othello 2. Schüler — Zwintschöna 1. Schüler 0:4.

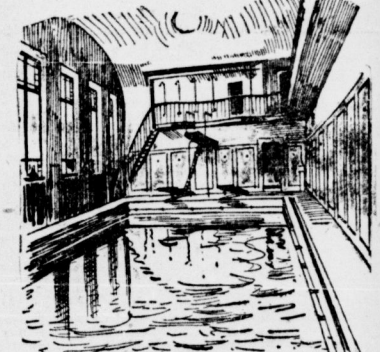
Sportlerinnen

Sportbrüder 1. — Giebichenstein 1. 0:3.
Viktoria 1. — Fichte 1. 1:6 (0:3).
Crölmitz 1. — Minerva 1. 0:1.
Othello 1. — Freier Wassersportverein Halle 1:3.
Sportlust 2. — Fichte 2. 2:0.

Turner

2. Kreis, 7. Bezirk, Eisleber Gruppe.

Am Sonntag fand bei guter Beteiligung die Vorturnerstunde statt. Der zur vorgearbeitete Turnstoff wurde unter der Leitung des 1. Turnwarts gut durchgetan. Von 2 Uhr an wurde dann für die Gruppe die Reichs-Jugendleistungsprüfung ausgetragen, die mit einem Umzug eingeleitet wurden. So ging es durch die Dorfstraße nach dem Sportplatz. Da die Kampfrichter der Vereine nebenbei erschienen waren, wickelten sich die Wettkämpfe, an denen über 200 Sportler teilnahmen, glatt ab. Um 7 Uhr war Siegerverkündigung im Gasthof „Zur Linde".



Das Schwimmbecken

Es wurde in den Stufen folgende Höchstpunktzahl erreicht: Schüler von 10 bis 12 Jahren, Helfta = 354 Punkte. Schüler von 12 bis 14 Jahren, Bornstedt = 241 Punkte. Jugendliche von 14 bis 16 Jahren, Volkstedt = 284 Punkte. Jugendliche von 16 bis 18 Jahren, F. G. Mansfeld = 286 Punkte. Jugendliche von 18 bis 20 Jahren, Bornstedt und Eisleben = 183 Punkte. Schülerinnen von 10 bis 12 Jahren, Helfta = 354 Punkte. Schülerinnen von 12 bis 14 Jahren, Bornstedt = 241 Punkte. Turnerinnen von 14 bis 16 Jahren, Eisleben = 180 Punkte. Turnerinnen von 16 bis 18 Jahren, Eisleben = 167 Punkte. Turnerinnen von 18 bis 20 Jahren, Eisleben = 94 Punkte.

Turn- und Sportfest in Landsberg.

Sonnabend, den 11., und Sonntag, den 12. September, fand das erste Arbeiter-Turn- und Sportfest in Landsberg statt. Schon am Kommersabend wurde unser zahlreichen Besuch vom Arbeiter-Gesangverein Reinsdorf und der Freien Turnerschaft Reinsdorf das Beste geleistet. Der Sonntagvormittag verlief unter den sportlichen Wettkämpfen. Am Nachmittag fand dann der Festzug statt. Nach Wiederkunft desselben auf der Festwiese hielt Genosse Oertel vom Sportfestausschuß die Festrede. Anschließend trugen die Arbeiter-Gesangvereine gemeinsam einige Lieder vor. Dann folgten Freiübungen der Turner, der Kinder und Keulenschwingen der Turner als Sonderaufführung. Ein Handballspiel, ausgetragen von WSV. Holzweißig 1. — WSV. Crölmitz 1. sog die Aufmerksamkeit der Besucher auf sich. Obgleich die Holzweißiger den Crölmitzern herzlich überlegen waren, konnten sie im Zuspiel noch etwas von ihnen lernen. Crölmitz konnte das Spiel mit 3:5 für sich entscheiden.

Achtung, Vereine des 6. Bezirks

Am Sonntag, dem 26. September, 8 Uhr vormittags, findet auf dem Minerva-Platz (neben dem Stadion) unser Bezirksspielfeld statt. Ich bitte um zahlreiche Beteiligung. **Fritz Kaul**, Bezirksspielleiter.

Achtung, Kinderturnwarte! Sonntag, 26. September, findet in Halle „Kleiner park", 9 Uhr vormittags, eine Lehrstunde für Kinderturnen statt. Uebungsstoff: Austausch zweckmäßiger, dem Körperbau des Kindes entsprechender Uebungen an Geräten, Sing- und Haschespiele. Jeder Turnwart ist berechtigt, mit seinen Jungen, Mädchen und einem Knaben zu erscheinen. Nach dem Turnen allgemeiner Austausch des Uebungsstoffes. Turnwarte, versäumt diese Lehrstunde nicht.

Willy Grube, Bezirks-Kinderturnwart, Ammendorf, Waldstr. 43.

Sonntag, den 26. September, vormittags 11 Uhr, im „Volkspark"

Großer internationaler Ringkampf

Rußland — Deutschland

Ländermannschaft „Germania-Felsenfest"

Vorher große Jiu-Jitsu-Kämpfe.

Eintritt 1 Mk. **Arbeitslose 50 Pf.**

Sonnabend, 25. September: Empfang der Russen und großes Varieté-Abend im „Volkspark". Eintritt 30 Pf.

Benutzt den Vorverkauf: Steinbrecher & Jasper, „Volkspark" und sämtliche Konsum-Filialen. Der Arbeitsausschuß.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260920-13/fragment/page=0008